

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

4.1.1923 (No. 3)

Preis: In und außer Baden 1.000,- monatlich, 10.000,- jährlich. ...

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: Die Baden. Nonpareil...
Verlags- und Geschäftsstelle: Nr. 21 und 27, Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Gesamtdirektor: Hermann v. Voer, Verantwortlich für Politik: Fritz Gerhardt, für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt, für das Ausland: Hermann Weid, für die „Pyramide“: Karl Jodo; für Literatur: Heinrich Schriener, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. B. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard Kugel, Berlin-Konigs-Platz, 37. Telefon-Zentrum 428. Für unentgeltliche Manuskripte oder Drucksaßen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist. Erscheinungstage der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. Donnerstag, den 4. Januar 1923 Nr. 3.

Die Reparationspläne der Alliierten.

Erste Ergebnisse.

Besprechung des Reichskabinetts.
Vor unserer Berliner Redaktion wird uns gemeldet: Gestern nachmittags 4 Uhr trat das Reichskabinet zu einer Besprechung über die vorliegenden Reparationspläne der Alliierten zusammen, die am ersten Konferenztag in Paris erörtert wurden. Beschlüsse wurden von der Reichsregierung noch nicht gefasst. Immerhin konnte der englische Plan, soweit er vorlag, bereits dahin charakterisiert werden, daß er für Deutschland einigermassen diskutabel ist, wenn er auch die Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches übersteigt. Rein finanziell spricht aus dem Plane Bonar Law's im gewissen Maße die Erkenntnis jener Notwendigkeiten, die die Grundlage einer Gesundung Mitteleuropas bilden. Politisch ist das Bemühen unverkennbar, das deutsche Ansehen schonend zu behandeln. Diese Absicht kommt besonders in der englischen Auffassung der Finanzkontrolle zum Ausdruck: Vertreter der vier alliierten Staaten sollen unter dem Vorbehalt des deutschen Finanzministers das Kontrollorgan bilden, und der deutsche Minister soll bei Stimmenscheid Stimmrecht, also die Entscheidung haben.

Auch das Thema der Sanktionen ist in dem englischen Plane verhältnismäßig vorsichtig behandelt. Erst, wenn Deutschland die Mark nicht stabilisieren und seinen Haushalt nicht in der vorgeschriebenen Frist in Ordnung bringen sollte, werden Sanktionen zugelassen — doch nur wenn diese einmütig beschlossen werden. Alle anderen Forderungen und Restorationsabsichten, die nicht im englischen Plane stehen, so befaßt das englische Projekt, müßten aufgegeben werden. Das bedeutet die klare Absage Englands an die französische Drohpolitik überhaupt und an jede französische Sonderaktion im einzelnen. Das macht die Erregung begrifflich, die in Paris herrscht, und für die ein Blick in Poincaré's Pläne den geeigneten Maßstab gibt.

Was diesen französischen Plan anbetrifft, so erhebt sich sein Hauptproblem in der Tatsache, daß er rein politisch ist, und den Beweis erbringt, daß die französische Regierung noch immer nicht geneigt ist, den wirtschaftlichen Tatsachen und Notwendigkeiten in irgend einer Weise Rechnung zu tragen. Neben der Unertlichkeit der finanziellen Gesamtforderung spricht der echte französische Geist der Unverfrorenheit aus zahllosen Einzelheiten, besonders aus den Bedingungen, unter denen dem Deutschen Reich ein Moratorium von höchstens zwei Jahre gewährt werden soll. Daß der politische Plan der Postrennung des Ruhrgebietes weiter blühe, wird klar durch die französische Forderung, daß der französisch orientierten interalliierten Rheinlandkommission das Recht zugestanden werden soll, nicht nur die technische Kontrolle der Ruhrkohlenproduktion durchzuführen, sondern auch Befehle bezüglich Produktion und Verteilung der Ruhrkohlen zu erteilen.

Gegenwärtig diskutabel für das Deutsche Reich sind die Bedingungen, unter denen nach den französischen Absichten die Neuorganisation der deutschen Finanzen durchgeführt werden soll. Ein vollkommener Plan der gesetzgeberischen und Verwaltungsmassnahmen soll „im Einverständnis“ mit der Reparationskommission aufgestellt werden. Und das Ungeheuerliche: der Reichstag und die Parlamente der Länder sollen sich unter Vorgesicht der Reichsregierung verpflichten, daran nichts zu ändern, ohne Einwilligung des Garantieauschusses, dessen Sitz nach Berlin verlegt werden soll. Diese Forderung stellt einen absolut unerträglichen Eingriff in die Souveränitätsrechte des Reiches und der Länder dar und widerspricht deshalb nicht nur den Regeln der politischen Moral, sondern auch dem Verträge von Versailles. Gegenwärtig unerträglich ist die französische Forderung, daß dem Garantieauschuss ein weitgehendes Kontroll- und Eingriffsrecht auch in die Maßnahmen der Reichsbank zugestanden werden soll.

Da auch der italienische Plan sich mehr dem französischen als dem englischen Vorschläge nähert, so sind die Aussichten vorläufig trübe. Die Pariser Presse fordert plattweise Beiseitigung des Vorschlags Bonar Law's oder Abbruch der Konferenz und freie Hand für Frankreich. Wird eine Einigung kommen? Wenn ja, so kann es kaum anders als auf Kosten Deutschlands geschehen.

Paris, 3. Jan. Der französische Ministerpräsident Poincaré hat den in Paris verammelten Vertretern Englands, Belgiens und Italiens am Dienstag mittag die Pläne unterbreitet, die der französische Regierung geeignet erscheinen, die Kriegsschuldabnahme vom deutschen Volk zu erzwingen. Poincaré nennt diese Pläne das Programm, das nach seinen Wünschen zur Grundlage der Verhandlungen gemacht werden soll. Der Wortlaut dieses Programms ist am Dienstag abend amtlich veröffentlicht worden.

Das französische Gewaltprogramm.

In der Einleitung spricht Poincaré, wie üblich, von der Gerechtigkeit der französischen Forderungen, von dem bösen Willen Deutschlands, diese „gerechten“ Forderungen nicht anzuerkennen und nicht zu erfüllen. Dann betont Poincaré scharf, daß Frankreich auf seinen Anteil an der in London festgesetzten deutschen Kriegsschuldabnahme nicht verzichten werde. Es werde nur dann in eine Herabsetzung der festgesetzten Kriegsschuldabnahme einwilligen, wenn die Verbündeten (gemeint ist England) ihre Forderungen an Deutschland ermäßigen oder ganz darauf verzichten; ferner wenn der Forderung von Zahlungen für den Wiederaufbau Nordfrankreichs ein Vorrang anerkannt werde. Frankreich wüßte ferner, seine Schulden an seine Gläubiger (England und Amerika) durch Uebertragung eines Teiles seiner Forderungen gegenüber Deutschland zu begleichen. Frankreich möchte seine Schulden mit den deutschen Reparationsrückstellungen der sogenannten Serie C bezahlen. Diese Serie C umfaßt 82 Milliarden. Frankreich weist, daß diese Schuldburde nach menschlichem Ermessen nie abbezahlt wird. Es will also mit unheilbringlichen Forderungen seine eigenen Schulden abbezahlen. Wenn diese 82 unheilbringlichen Milliarden von der gesamten Kriegsschuldabnahme von 132 Milliarden abgezogen werden, so bleiben noch 50 Milliarden. Das ist die Summe, die auch die Engländer für beibringlich halten.

Poincaré wünscht nun in seinem Programm, daß diese 50 Milliarden innerhalb eines möglichst kurzen Zeitraumes von Deutschland abbezahlt werden. Um Deutschland einen Anreiz zur schnellen Abzahlung zu geben, soll man ihm einen Abzug bieten. Da zurzeit Deutschland höhere Summen aus eigenen Mitteln nicht aufbringen kann, sollen ihm die Alliierten bei der Aufnahme einer Anleihe im Ausland beihilflich sein. Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen soll durch eine Kontrollkommission gesichert werden, der Vertreter aller geldgebenden Staaten angeschlossen können.

Voraussetzung der Stillfiammachung der Forderungen an Deutschland sei, so sagt Poincaré weiter, die Ordnung der deutschen Finanzen.

Poincaré's Pläne zur Ordnung der deutschen Finanzen.
Nach Ansicht der französischen Regierung sollten die deutschen Finanzen auf folgende Weise geordnet werden:
1. Ausarbeitung eines Stabilisierungsplanes für die deutsche Währung durch die deutsche Regierung. Dieser Plan dürfe keine andere Intervention auf dem Devisenmarkt enthalten als die, die notwendig sei, um den äußeren Wert der Mark aufrechtzuerhalten, deren Kurs zu dem inneren Wert der Währung auf neue konstant gehalten und angehalten sei.
2. Es sind sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen und dieses Gleichgewicht dadurch zu erhalten, daß man allmählich in den Ausgaben die notwendigen Kredite einstellt, um Deutschland die Abzahlung seiner Reparationsschuld zu ermöglichen.

Verhinderung der Kapitalflucht.

Von Anbeginn der Anwendung des Stabilisierungsplanes sollte die Deutsche Reichsbank den Diskont für Scharbons einstellen. Behältnisse des Deutschen Reiches, die nicht provisorisch durch die normalen Einnahmen gedeckt seien, seien durch innere Goldanleihen flüssig zu machen.
Ein Plan der gesetzgeberischen und Verwaltungsmassnahmen sei von der deutschen Regierung im Einverständnis mit der Reparationskommission aufzustellen.

Die deutsche Regierung übernehme die Verpflichtung, sofort diesen Plan dem Reichstag zu unterbreiten, und, wenn nötig, auch den Parlamenten der Länder, die ihn unterstützen und sich verpflichten müßten, daran nichts zu ändern ohne Einwilligung des Garantieauschusses.
Der Garantieauschuss wird instand gesetzt, die Ausführung dieses Programms zu verfolgen und so in jedem Augenblick in allen Einzelheiten den Stand der Finanzverwaltung des Reiches und der Gliedstaaten kennen zu lernen. Der Ausschuss könne zu diesem Zweck zu allen Eingriffen in die Finanzen der Reichsbank und in die Finanzen der Länder, die er für nötig halte, die Erlaubnis der Reichsbank und der anderen Organisationen, die damit beauftragt seien, in die Abänderung der deutschen Währung einzugreifen, die notwendige Kontrolle ausüben, um die Ausführung des vorgeschlagenen Planes sicherzustellen, den die Reparationskommission gebilligt habe.

Wenn die Pläne nicht innerhalb der festgesetzten Zeit von den Regierungen angenommen und wenn die vorgeschriebenen Verpflichtungen nicht durchzuführen würden, oder wenn man sie nicht halte, wenn also die deutsche Regierung sich nicht unmittelbar den Anforderungen der Kontrolle füge, dann werde diese Verletzung als eine vorläufige Verletzung angesehen und die vorgeschriebenen Sanktionen sofort und automatisch in Kraft treten. Die alliierten Regierungen verpflichten sich im voraus gegenseitig, ihren Delegierten bei der Reparationskommission Instruktionen in diesem Sinne zu geben.

Der Zahlungsausschub.

Die französische Regierung sei der Ansicht, daß Deutschland in der Lage wäre, im Vernehmen mit den Grobindustriellen 1923 eine ausreichende Anleihe zu machen, um das Zahlungskontingent auszuführen, und daß auf alle Fälle das von Deutschland verlangte Moratorium nur unter der Bedingung annehmbar sei, daß es sich nicht auf familiäre Zahlungen erbreite, die Deutschland schuldig sei, und daß ihm als Gegenwert die Beschlagnahme von Pfändern gegenüberstehe.

Die Besatzungskosten.

Die Ausgaben für die Interalliierte Kommission in den Rheinländern und die Ausgaben für die Militär- und Marinekontrollkommissionen.
Weiter zu leisten wären auch die Sachleistungen.
Daneben hätte Deutschland ferner die anderen Verpflichtungen (Ausgleichszahlungen, Restitutions usw.) zu erfüllen.

Da die letzten drei Jahre gesezt hätten, daß es unmöglich sei, Vertrauen zur Ausführung Deutschlands bei seinen Verpflichtungen, die es übernommen habe, zu haben, sei die französische Regierung der Ansicht, daß die Forderung unerlässlich sei. Die französische Regierung glaube, daß alle nützlichen Dispositionen getroffen werden müßten, um sofort die Produktivität der Pfänder, deren Beschlagnahme sie ins Auge gefaßt habe, sicherzustellen. Das von der französischen Regierung ausgearbeitete Programm verleihe so viel wie möglich jede militärische Besetzung zu vermeiden, ausgenommen den Fall, daß Deutschland sich nicht frist an alle Verpflichtungen halte, die das Programm ihm auferlege. In dieser Hinsicht übernehmen die Alliierten gegenseitig eine absolute Verpflichtung, sei es Sanktionen gemeinsam anzuwenden, sei es, keinerlei Einwendungen zu erheben, wenn einer von ihnen allein sie zur Anwendung bringt.

Zur Sicherung der Sachlieferungen.

Eine internationale Kontrollkommission, bestehend aus Ingenieuren, deren Vorsitzender ein Franzose ist, werde nach Osten geschickt und mit den nötigen Vollmachten versehen, um die Tätigkeit des Kohlenindepots zu überwachen und um durch Befehle die fristige Anwendung des festgesetzten Programms sicherzustellen. Die Rheinlandkommission soll die Befugnisse erlangen, Ordnungen im Ruhrgebiet zu erlassen, um die Ausführung der erlassenen Bestimmungen sicherzustellen.
Es werde Deutschland erklärt, daß die alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um zu ihrem Nutzen in den Staats- und Kommunalwäldern des besetzten Gebietes Holzschlagung durchzuführen zu lassen. Auch nach die-

ser Richtung soll die Rheinlandkommission Befehle zur Holzausbeutung erteilen.
Falls die von Deutschland verlangten Sachlieferungen (Wiederaufbaumaterial, Stroh, Holz usw.) nicht in den vorgesehene Fristen erfolgen könnten, könnten in der Höhe der unbedeckten Lieferungen Requisitionen erfolgen und zwar unter Befehl unter Kontrolle der Rheinlandkommission. Diese Requisitionen können sowohl in den militärisch besetzten Gebieten, als auch im Ruhrgebiet stattfinden.
Pfänder zur Sicherung der Geldzahlungen.
Abgabe ausländischer Devisen von dem deutschen Ausfuhr aus dem zurzeit besetzten Gebiet oder aus dem Ruhrgebiet. Kontrolle darüber, unter welchen Umständen die Ausfuhrbewilligungen gewährt werden, besonders aber, ob die Exporteure die vorgeschriebenen Zahlungen richtig ausführen. Die Durchführung soll durch das Emser Komitee erfolgen. Das Gesamtergebnis dieser Abgabe werde auf ungefähr 400 Millionen Goldmark im Jahre beziffert.
Beschlagnahme der Vorkontrollgebühren des ausenbüchlich besetzten Gebietes und der Hauptkontrollämter im Ruhrgebiet.
Anschluß des von verschiedenen Alliierten bekundeten Widerstandes wäre die französische Regierung jedoch im Falle einer gemeinsamen Beschlagnahme von Pfändern geneigt, folgendes Verfahren einzuschlagen:
Die interalliierte Oberkommission in den Rheinländern erhält den Auftrag, die Erhebung der Bölle an der Westgrenze des besetzten Gebietes und in den Zollbezirken des besetzten Gebietes und des Ruhrgebietes anzubringen. Sie wäre befugt, den in Devisen zahlbaren Anteil an den Ausfuhrabgaben festzusetzen. Der französische Plan sieht die Einnahmen aus diesem Verfahren auf 200 Millionen Goldmark jährlich.

Die Beschlagnahme der Kohlensteuer im besetzten Gebiet und im Ruhrgebiet. Die Zahlung eines Teiles der Steuer, bestmögliche etwa 30 Prozent, soll von den Grubenbesitzern in ausländischen Devisen verlangt werden. Im Falle diese Bedingung nicht erfüllt werde, behielten sich die interalliierten Mächte das Recht vor, eine entsprechende Quantität von Kohlen zu beschlagnehmen. Das Ergebnis dieser Steuer wird auf 400 Millionen Goldmark geschätzt.
Der Gesamtbetrag der vorgeschlagenen Pfänder soll sich genau auf eine Milliarde Goldmark belaufen. Man behält sich vor, im Falle das Deutschland auch fernerhin versage, alle Einnahmeweisen, namentlich die Kohlensteuer und die Abgabe an ausländischen Devisen, zu erhöhen. Es wird betont, daß die Pfänder den Vorteil hätten, einen energischen Druck auf die Grobindustrie auszuüben, die bis jetzt das Haupthindernis für die Ausführung des Friedensvertrages gebildet hätten.

Sanktionen.

Wenn die deutsche Regierung das vorstehende Programm nicht ausführe und namentlich nicht alle Maßnahmen treffe, die die Kommissionen für notwendig erachteten, würden sofort und automatisch die folgenden Sanktionen in Kraft treten:
1. militärische Besetzung der Bezirke von Essen und Bochum und des von Marschall Hoch näher bestimmten Teiles des Ruhrgebietes,
2. Errichtung einer Kolonne östlich des gesamten besetzten Gebietes. Dabei bliebe die von der französischen Regierung mehrmals gemachte Feststellung aufrechterhalten, daß jede Nichterfüllung des Verlaßlichen Vertrages einen Ausschub der Räumungszeit für das besetzte Gebiet in der Vergangenheit zur Folge gehabt habe und in Zukunft ferner haben werde.

Die gestrige Sitzung der Pariser Konferenz.

m. Paris, 3. Jan. Die heutige Sitzung der Konferenz, die um 3.15 Uhr begonnen hatte, wurde um 5.15 Uhr abgebrochen, um den Alliierten Gelegenheit zu geben, den See einzunehmen. Der erste Teil der Sitzung war ausschließlich mit der eingehenden Kritik Poincaré's am britischen Plane ausgefüllt.

Der englische Plan.

London, 2. Jan. Wie verlautet, umfaßt der britische Plan für die Regelung der Reparationen und der interalliierten Schulden die Gewährung eines Moratoriums von 4 Jahren an Deutschland. Nach Ablauf des Moratoriums soll Deutschland für die Zeit von 4 Jahren 2 Milliarden Goldmark jährlich, für weitere 2 Jahre 2 1/2 Milliarden Goldmark jährlich und dann 3 1/2 Milliarden jährlich oder eine solche kleinere Summe zahlen, wie sie von einer unparteiischen Anstalt festgesetzt wird, jedoch nicht weniger als 2 1/2 Milliarden Goldmark. Der britische Plan sieht vor, daß die Lieferungen von

Sofort an Frankreich und von Kohle an Italien, sowie wenn möglich von Karbidsäure in eingeschränktem Umfang während der Anfangsperiode fortgesetzt werden sollen. Ein solches Vorgehen hängt davon ab, daß Deutschland versucht, die Markt zu stabilisieren, das Gleichgewicht im Reichshaushalt wiederherzustellen, daß es eine finanzielle Kontrolle annimmt, die die Alliierten für notwendig erachten, ferner, daß es im Falle einer Verschlimmung der Maßnahmen auftritt, welche die Alliierten für notwendig halten, einschließlich Zwangsmaßnahmen, Beschläge der Einkünfte und militärische Besetzung weiterer deutscher Gebiete. Wenn die überwachende Kommission einstimmig entscheidet, daß die Zahlungen vor Ablauf von 4 Jahren geleistet werden können, sollen die Jahreszahlungen vordatiert werden, aber um nicht mehr als zwei Jahre und ohne daß dadurch die Gesamtsumme der deutschen Zahlungsverpflichtungen vermehrt wird. Der Schlusssatz des britischen Planes regelt die Frage der interalliierten Schulden.

Englische Meinungen.

London, 3. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In den hiesigen politischen Kreisen findet man die heftigen französischen Kommentare über den englischen Vorschlag ziemlich unangebracht, da der Plan Bonar Law als Maximalprogramm zu gelten habe, das nur den Rahmen für weitere Verhandlungen bilden soll. Die englische Hochfinanz, unter deren Mitwirkung der Plan zustande gekommen ist, vertritt den Standpunkt, daß aus den drei der Konferenz vorgelegten Vorschlägen ein tragbares Programm zustande kommen könnte, wenn Poincaré auf seine Ruhrpläne verzichtet. Sollte die Konferenz schon in ihrem Anfangsstadium scheitern, so würden die Verhandlungen vorläufig auf die Mitte des Monats Januar an einem anderen Orte wieder aufgenommen werden. In einer pessimistischen Beurteilung ist nach Auffassung der Londoner City kaum Anlaß vorhanden, selbst wenn in Paris noch kein positives Resultat erzielt werden könnte.

Frankreich gegen den englischen Plan.

London, 3. Jan. (Drahtbericht.) Die Newter aus Paris meldet, hat das französische Kabinett die britischen Reparationsvorschläge endgültig verworfen.

Der hartköpfige Poincaré.

Paris, 3. Jan. Nach Schluß des heute Vormittag abgehaltenen Ministerrats hat Poincaré den Journalisten auf Befragen folgendes erklärt: Der englische Entwurf ist unannehmbar, nicht nur für uns, sondern auch für die Belgier und Italiener. Er überreicht die belgischen Prioritätsanträge und nimmt den Italienern die übrigen, uns selbst das in England als Bürgschaft für die englischen Vorschläge während des Krieges deponierte Gold. Was wir heute vorgehen. In Bezug der Nachmittags-Sitzung werde ich erklären, daß ich keinerlei Erwägungen auf der Grundlage des englischen Entwurfs zulassen kann aus den Gründen, die sie im Communiqué über den heutigen Ministerrat dargelegt finden. Außerdem werde ich mich weigern, den französischen Plan durch eine Debatte über die Einzelheiten zerpflücken zu lassen. Es gibt nur zwei Wege: Entweder es wird für das französische Projekt gestimmt, wie es ist, weil es ein absolutes Minimum darstellt, denn die französische Regierung hat sich in der Tat bemüht, alle erdenklichen Zugeständnisse zu machen, um alles zu vermeiden, was die Engländer verstimmen könnte, oder aber es wird die Uneinigkeit festgelegt.

Die verärgerte Pariser Presse.

Paris, 3. Jan. (Drahtber.) Die Pariser Morgenblätter spiegeln die allgemeine Enttäufung wider, die der gestern von Bonar Law übermittelte Reparationsplan hervorgerufen hat.

Der Rausch im badischen Wortschatz.

Von Walthar Zimmermann (Mannau).

Nicht ganz zeitgemäß mehr ist unser Stück. Aber es wird manche angenehme — und unangenehme — Erinnerung wecken. Erinnerung an jene noch gar nicht fernen Tage, die doch schon so weit hinter uns zu liegen scheinen, wo man sich bei einem mehr oder minder guten Tropfen das Herz erheitert und das an sich schon leichere Herz von jeder Erdenkliche freitrannt. Erinnerungen an jene Stunde, da der eine am Tisch das „Babbelwässer“ befaun und wie ein Wasserfall sprudelnd und endlos redete oder ein anderer merkte, daß er „Böb“, „Spitz“, „einwas weg“, „etwas zwickel“, „einen Stich“, „Einen weg“, „Einen sitzen“ hatte.

Hinter diesem „Einen“ verbirgt sich nicht immer mehr eine gedankliche Ergänzung (etwa: Rausch, Schwips, Sarras). Die Bezeichnungen für den unruhigen Zustand, namentlich den auf dem Heimweg sind so zahlreich, daß der Hörer nicht wissen kann, was man unter „Einen“ meint.

Für die Benennung des „Rausches“ wählte man fast durchweg Bilder. So das Wort „Rausch“, das eigentlich die Empfindung des Benommenen, Verwirrtheits durch rauschenden, heulenden Rausch ausdrückt; Mittelhochdeutsch: rusch, ist „rauschende Bewegung“. Ebenso besagt „Nappel“, das ist in Wones „Bruchstück des Wörterbuchs“, fände, funderaucht durch rauschende, raschende Geräusche und „Dampf, Dampes“, befangen, benebelt“ sein durch dicken Dampf oder Rausch, wobei wohl die empfindungsähnlichen, medizinischen Rauschungen durch Verbrennen narkotischer Kräuter mitwirkten. Für das Angeheitertsein hat der Wälder den lustigen Ausdruck „er ist angeraucht“.

Sehr beliebt sind auch Vergleiche mit dem schwebenden Gang eines Schwerttänzers. „Er hat hoch“ heißt eigentlich, „er hat hoch geladen“, so hoch, daß das Gleichgewicht so schwer zu halten

Der „Petit Parisien“ sagt, unter dem Vorwande, alles erreichen zu wollen, habe sich England den Aussehen gegeben, die Decken an sich zu ziehen. Von der Diskussion der schwierigen Frage der neuen deutschen Reparationen näherte die viel eiliger Frage der wirtschaftlichen Pfandnahme abgetrennt und die der Maßnahmen diskutiert werden, der Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um eine finanzielle Ordnung in Deutschland herzustellen. Nach dieser Richtung sei es die Ansicht der Mehrheit der Alliierten, daß die von Poincaré formulierten Vorschläge der Konferenz den Ausgangspunkt liefern, den sie suchen.

Der „Matin“ spricht von einem Widerspruch, der sich gestern zwischen der französischen und der englischen Reparationspolitik gezeigt habe. Das Blatt stellt die Frage, ob das zur Folge habe, daß die Wege Frankreichs und Englands sich nun auch in allen anderen Angelegenheiten von einander trennen würden.

Das „Journal industriel“ fragt: Werden wir uns blühen lassen? Die Debatte über die Grundlagen der englischen Projekte ist ausgeschloffen. Bedeutend dies, daß man an einen Abbruch der Konferenz und vielleicht an eine Krise der Entente denken muß. Das heißt ein wenig zu heftig vorgegangen. Es sind auch noch die Italiener und Belgier da, die nicht weniger Grund haben als wir, sich nicht von den englischen Plänen erdrücken zu lassen.

Ungeblühe deutsche „Versehlungen“.

Paris, 3. Jan. (Drahtber.) Die französische Delegation hat gestern den alliierten Delegationen ein sehr launiges Dokument überreicht, in dem sie sich über die deutschen Versehlungen bei den Schlichterungen äußert. Es werden hauptsächlich besprochen die Zollbefreiungen sowie die Befreiungen von Kohle und Pflanzstoffen. Außerdem beschäftigt sich ein besonderes Kapitel mit der Befreiung von Stickstoffdüngemitteln.

Der italienische Reparationsplan.

Paris, 3. Jan. (Drahtber.) Der von der italienischen Delegation der alliierten Konferenz vorgelegte Entwurf eines Reparationsplanes beginnt mit den Betrachtungen allgemeiner Art. Es heißt darin, in den vier Jahren nach dem Waffenstillstand habe sich die allgemeine Lage Europas noch nicht gebessert; sie zeige eine wirtschaftliche Not, die immer noch sehr ernst sei, und eine politische, die keinen Weg zur Wiederherstellung normaler sozialen Bedingungen weise. In den Jahren 1919 und 1920 habe man einen Augenblick den Eindruck empfunden, wegen der kommunistischen Umtriebe in München und Budapest, wegen der Besetzung italienischer Fabriken durch die Sozialisten, wegen der bolschewistischen Offensiven gegen Polen und wegen der zahlreichen Aufstände in Deutschland, daß die Kommunisten die Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen und juristischen Einrichtungen ernstlich bedrohen werden, die die Grundlagen der westlichen Zivilisation bilden. Heute sei die durch diese moralische Krankheit vererbte Gefahr bedeutend herabgemindert worden. Wenn man aber ein Wiedererleben der kommunistischen Bewegung verhindern wolle, müsse man das Wirtschaftsleben aus dem

Zustände der Unsicherheit

befreien, in dem es sich seit vier Jahren befand, eine Unsicherheit, deren Wirkung sowohl bei der Industrie als auch bei der Arbeiterschaft sich zeige. Die Anstrengungen, die die Mächte unternommen hätten, um die ökonomische Katastrophe zu verhindern, lieferten den Beweis, daß die Lage unheilbar gefährlich für alle die sei, einschließlich der reichen Staaten diesseits und jenseits des Ozeans. Man könne den chaotischen Zustand, in dem sich der größte Teil Mitteleuropas befinde, nicht ausbeugen lassen. Dieses Chaos sei das Ergebnis der

Politik nach dem Kriege.

die beherrschte werde von dem Reparationsproblem.

Die italienische Regierung geht bei der Lösung des Reparationsproblems von folgendem Grundsatz aus:

Man müsse jede Lösung, die nur eine Teillösung sei oder eine Scheinlösung sei, zurückweisen. Die italienische Regierung kann auch nicht auf ihre Reparationsansprüche verzichten, es sei denn, daß ein direktes Arrangement seitens Englands erfolgt. Die italienische Regierung verlangt deshalb aufrichtig und loyal, daß ein derartiges Arrangement von englischer Seite ermöglicht wird. Ein derartiges Abkommen würde nach Ansicht der italienischen Regierung sofort die wirtschaftliche Lage der Alliierten und Deutschlands verbessern und auch die russisch-deutsche Allianz, die sich am Horizont zeige, verhindern, die eine unheilvolle nicht zu ferne Gefahr für den Frieden Europas darstelle. Endlich verlangt die italienische Regierung die Regelung der deutschen Zahlungen durch die Bewilligung eines Moratoriums und durch eine Anleihe,

deren Modalitäten und Garantien später festzusetzen seien.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen werden der Prüfung der Alliierten folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Die Schatzkammer der Serien C sollen geregelt werden
 - a) mit Hilfe des österreichisch-ungarischen Staatsbesitzes wie er im Vertrag von St. Germain und im Vertrag von Trianon festgelegt wurde;
 - b) durch den Reparationsbetrag, der zu Lasten Österreichs und Ungarns ebenfalls auf Grund der bekannten Verträge laßt;
 - c) durch die Reparationsverpflichtungen Bulgariens;
 - d) durch den Ausgleich der verschiedenen von der Reparationskommission zugunsten Deutschlands anerkannten Guthaben und durch die Annullierung eines Teils der Bonds der während des Krieges von Frankreich, Italien und anderen reparationsberechtigten Staaten England gegenüber eingegangenen Schulden
2. Die deutsche Schuld würde dadurch auf den Betrag der Bonds der Serie A und B, also auf etwa 50 Milliarden Goldmark herabgesetzt
3. Deutschland wird ein Moratorium von 2 Jahren gewährt gegen Forderungen, die später eingezogen werden könnten.
4. Wird in kürzester Frist eine Anleihe von mindestens drei Milliarden Goldmark bezweckt, die zum Teil zur Stabilisierung der Mark dienen soll und zur Wiederherstellung Deutschlands nach den Vorschlägen der wirtschaftlichen und finanziellen Sachverständigen, die durch den ehemaligen Reichszentralbank nach Berlin berufen worden seien. Der Restbetrag soll während der Periode des Moratoriums unter den reparationsberechtigten Alliierten verteilt werden. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, zu erzielen, daß die deutsche Industrie einen Minimalbetrag von 3 Milliarden Goldmark garantieren.
5. Zur Garantie für diese Anleihe müßten einige deutsche Garantien endgültig an die Reparationskommission von der ersten Hypothek befreit werden.
6. Die Mächte, die die Reparationsansprüche hätten, verlangen von Deutschland die Fortsetzung von Schlichterungen. Diese Schlichterungen würden Deutschland aus der deutschen Anleihe befreien.
7. Während der Periode des Moratoriums würden die Befugnisse der Reparationskommission vergrößert. Sie hätte darüber zu wachen, daß die deutsche Regierung alle notwendigen Maßnahmen ergreife, um die Mark zu stabilisieren, um die von dem Garantienauschuss festgelegte Finanzreform auszuführen, das Budgetgleichgewicht wieder herzustellen und um die nicht unerlässlich notwendigen Ausgaben zu unterdrücken, namentlich jene, die sich auf öffentliche Arbeiten beziehen und um den größtmöglichen Betrag der Steuern sicherzustellen und der Inflation entgegenzutreten.
8. Wenn die Periode des Moratoriums über und der deutsche Kredit wieder her-

gestellt sei, werde Deutschland seine Reparationsverpflichtungen mit Hilfe von Anleihen wieder aufnehmen, die es übrigens schon jetzt abschließen könne.

9. Zieht der italienische Plan gegen eine gewisse Vergütung eine vorüberige deutsche Zahlung in Betracht.

Die Pfänder, die die italienische Regierung vorschlägt sind folgende: 1. Kontrolle über die Ein- und Ausfuhr und Lizenzen. 2. Direkte Forderungsbüro namens der Alliierten an der äußersten Grenze des Rheinlandes, die bereits im Jahre 1922 durchgeführt wurde. Der Betrag wird auf 140-180 Millionen Goldmark im Jahre geschätzt. 3. Kontrolle der deutschen Domänenforsten, wodurch auch ein größerer Holzschlag und eine regelmäßige Holzlieferung an die Alliierten erzielt werden könne. 4. Kontrolle der Produkte der staatlichen Bergwerke im Ruhrgebiet. Diese Kontrolle will die Kohlenlieferung auf das Reparationskonto sicherstellen.

Der Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921.

Auf der jetzt stattfindenden Pariser Konferenz spielt der Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921, der die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands bestimmt, eine große Rolle. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Die Gesamtschuld Deutschlands soll 132 Milliarden Goldmark betragen. Davon sollen abgezogen werden die schon auf Reparationskonto bezahlten Beträge und solche, die Deutschland für Staatsbezug in abgetretenen Gebieten zurückgegeben wurden, sowie die Zahlungen ehemaliger Verbündeter Deutschlands, welche nach Freisetzung der Reparationskommission angerechnet wurden. Dagegen soll an die Gesamtschuld die Schuld Belgiens an die Alliierten angerechnet werden.

Zur Abwicklung seiner Verpflichtungen hatte Deutschland auszugeben:

1. Serie A: für 12 Milliarden Goldmark Bonds mit Laufzeit von 1. Juli 1921, fünfprozentiger, halbjährlicher Verzinsung und einer Amortisationsrate von 1 Prozent.
2. Serie B: für 38 Milliarden Goldmark Bonds mit Laufzeit vom 1. November 1921, im übrigen mit den gleichen Bedingungen.
3. Serie C: für 82 Milliarden Goldmark Bonds, die bis zum 1. November der Reparationskommission auszufälligen sind. Diese wird die Bonds dann ausgeben, wenn Deutschland für die Zins- und Amortisationszahlungen aufkommen kann, welche gleichermaßen geregelt sind wie oben.

Im Dienst dieser Bonds sollte Deutschland an jährlichen Leistungen zahlen:

Eine feste Annuität von 2 Milliarden Goldmark sowie eine variable Annuität von 20 Prozent des Wertes seiner Ausfuhr oder eine entsprechende Summe, die nach einem anderen Index (Bewertungsschein) festgelegt würde.

Im Verlauf von 25 Tagen von Londoner Ultimatum an hatte Deutschland außerdem einmalig eine Milliarde Goldmark zu zahlen, die auf die Zahlungsverpflichtungen des ersten Halbjahres angerechnet werden sollten.

Das ist die offizielle Grundlage des Reparationsproblems. Daß dieser Zahlungsplan tatsächlich durchführbar ist, ist in den anderthalb Jahren, die seit seiner Aufstellung vergangen sind, eingesehen worden.

Der Reiseverkehr an den Festtagen.

Berlin, 3. Jan. Der Reiseverkehr an den Festtagen steigerte sich vom 21. bis 24. Dezember auf einem Massenverkehr, wie ihn die Berliner Bahnhöfe im Winter noch nicht erlebt. Es wurden, wie die Reichszentrale für die deutsche Verkehrsverwaltung mitteilt, insgesamt 312.604 Fahrkarten verkauft, was einer Einnahme von 77 Prozent gegen 1921 entspricht.

Theater und Musik

Berliner Musikbrief. Für einen jungen Kapellmeister, der in Berlin zum ersten Male konzertiert, ist es nicht leicht, ein passendes Programm zusammenzustellen. Nimmt er bekannte klassische Stücke, so heißt es leicht: das ist kein Kunststück, das spielen die Philharmoniker auch ohne Dirigenten. Nimmt er aber neuzeitliche Musik, so heißt es: das ist eben individuelle Auffassung der Neutönen, wir hätten aber gerne einmal gewußt, wie der neue Herr den Beethovens dirigiert, Berner von Bülow, Kapellmeister am Mannheimer Nationaltheater, aus jedem etwas. Er dirigiert die Pastorale und dann die Straußsche Sinfonia Domestica. Bülow deutet seine festgewohnten Absichten durch knappe Bewegungen an. Er gehört zu den (akti-los) ruhigeren Dirigenten und geht selbst bei erregten Musikstücken nicht aus dem Grad. Die Philharmoniker, die herkömmlich vielten, folaten willsa. Strauß selana besser als Beethoven (von dem es noch anfangs die Ouverture zur Weibe des Hauses gab). Manches in der Pastorale war mir zu langsam, wie die Szene am Ende. Aber über Tempa läßt sich streiten. Mit der Domestica gab von Bülow jedenfalls sein meitaus Bestes, und der gefüllte Saal der Philharmoniker sollte ihm mit Recht für seine preisvolle Leistung großen Beifall.

Das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg hat an d'Albert durch Aufführung seiner komischen Oper „Lauter sol“ eine alte Berliner Schütz aufgemacht. Man kennt d'Albert hier leider nur als Komponisten des „Liedland“ und hatte beläufig vergessen, daß er doch wiederholt den Versuch gemacht hatte, eine moderne deutsche Lustspieloper zu schaffen. Seit einem halben Menschenalter liegt „Lauter sol“ vor; endlich haben wir sie gehört und sind etwas enttäuscht. Die Musik ist ja mehr als harmlos, und die Musik steht hinter der „Arie“ herabträchtig zurück. Doch das Berlin ist artig, flüchtig und flüchtig — drum läßt es sich gefallen. Die Aufführung unter Raffelt war nicht

ist wie von einem, der „gut geladen“, „Miehl geladen“ hat. Gerade hier zeigt sich die launige Beobachtungsgabe des Volkes. Man hat ein „Näcke“, oder „Näcke“, einen „Ballen“, eine „Näcke“, gar eine „Kausel“ oder einen „Ballon“, einen „Bool“ (Neger). Beide bezeichnen etwas „grobes rundliches“, denn sie liegen zu einer Wurzel, bal, bol, die, rundlich erhabenes, kugeliges zum Grunde hat (vergl. Ball, Bolzen, Klumpen, Böcker, großer Kippball, Ballern, boltern, hitler, rumpeln wie hohle Handgefäße, Altkohle: holla, kugeliges Gefäß). Man hat das Gefühl, als wäre der Kopf ein großer Ballon, oder eine schwere Mieselnugel läge auf den Schultern. Auch ein Nüchternkörper beengt und erschwert das Gleichgewicht. Deshalb hat ein Trunkener auch statt einer „Ladung“ einen „Budel“ oder „Hilbes“ (Brumrain). „Hilbes“ stellt das Schwäbische Wörterbuch (III, 1675) zu „Dieb“ (einen Dieb weg haben, wie man auch sagt einen Stich haben). Möglicherweise liegt aber hier eine Entstellung aus einer scherzhaften Verleumdung vor. Der Nüchternkörper heißt lateinisch und medizinisch „Hilbus“. Das war ein ulkiger Arzt für sich gebraucht haben, ehe es von andern aufgenommen wurde. Dasselbe Bild des Geladenheits, Geladenheitens finden wir auch beim Jörn und Verger. Und da hat man bezugnehmendweise übereinstimmend „den Budel“, in Mitteldeutschland „die Hude (Nüchternheit)“ wolle.

Das Soldatenleben brachte uns hier einige wichtige Beobachtungen des Sprachlebens. „Er hat einen Affen“, „einen Affen anhängen“ bedeutet zunächst einen schweren Tornier tragen oder anhängen, wie eine „Aashe haben“ einen ganz trefflichen Vergleich zieht mit den unsicher unter der unhandlichen Bohne dastehenden. Das gelungene Bild ist aber einen „Sarras, Sarrasadel, Sarrasdel, Sarrasdel“ haben. Ein „Sarras“ (Sarra, zarras, Dirichthänger) ist ein großer schwerer Säbel, der beim Schreien zwischen die Beine kommen und stolpern lassen kann. Das „Schwanfende“ der Verachteten wird auch ausgedrückt durch Wörter, die das Gerüst so haben, auf dem sich Wörter aufbauen, die schaukelnd zum Funken haben, mit zu das Schwel-

len, Meiten und mit p den plüßlichen Halt lautmalen (schwump, schwabbeln, schwefeln, feher, feheren tanzen, Mittelhochdeutsch: wibelen, wibelen, taumeln). Wer einen „Schwips“ hat, „schwipst“ ist, dem ist „schwapplich“ oder „schwummerig“ genante (schwummerig, wohl aus Schwungerg, mit Schwünge erfüllt oder vom Schwünge benommen; sw-f bezw. sw-nf ist in verwandtes Verhält zu sw-p). Inbaldgleich wie Schwips ist „Reger“, auch ein guter Vergleich mit den kampfenden, fährigen Bewegungen eines Reiterden. In diesen schwapplichen Abschnitten dürfte auch zu stellen sein: „dem hats ins Dirn gereinet“ (im Schwipsheiß heißt auch: er hat Wasser im Hirn). Dies Wasser kauft und schwankt und bringt den Träger aus dem Gleichgewicht.

Sehr verschieden wirkt der Rausch. Der eine wird still und feil, wie wenn ein Haarbeutel schwer am Haupte hinge und die freie Beweglichkeit hindert. Ein leichterer Rausch heißt drum „Haarbeutel“ im Bruchrainischen. Ein anderer wird lustig und laut, er kriegt das „Babelwässer“, er hat „eingeschmiert“, unter Umständen so, daß er „Del am Hut“ hat. Und auch die Grade sind unterschiedlich. Vom leichteren Stich* (entnommen von der Stichwunde die sich verfährt) oder „Stips“ (wohl zu stupsen, einen Stich, Stupfer haben) — ich halte dieses Wort, das auch von Gläubigen Wörterbuch belegt wird, für zugetrunnen, wohl durch norddeutsche Studenten — von etwas, ein wenig zu viel haben“ schreitet er fort: man hat auf einmal „muviel“, „ist voll“ oder „hat voll“ und ist gereicht „heissen“. Der Brummigedel am nächsten Tage befehrt dann den einen „Moras“, „Saw“ oder „Ranonentranj“, einen „Nüchternheit“ heimgetragen hat.

*) Bei heftiger Benennung die stillen Annahme soll vor ihm sein, sie schälen bisweilen; ihre Benennung werden eng und ist. Der Volksmund hat: „Sie haben viel“, „sie haben einen Stich“. **) Der „Stich“ bedeutet aber auch was anderes; vgl. hierwegen das Kapitel in Scheffels „Kaffeebuch“, in dem der Kämmerer Swass sich im Kloster der Neidenau einen namhaften Rausch holt. Die Sarrasität.

Die Kohleanleihe des Badenwerks.

Von Dr. jur. Kihler, Geh. Finanzrat an der Preussischen Staatsbank (Seehandlung).

Durch ein im Badischen Landtag bereits angenommenes Gesetz über die Landeselektrizitätsversorgung ist das Aktienkapital des Badenwerks, dem die Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft obliegt, von 100.000.000 M auf 600.000.000 M erhöht und gleichzeitig das Staatsministerium ermächtigt worden, für ein weiteres, von der Aktiengesellschaft aufzunehmendes Darlehen bis zum Betrage des Geldwertes von 1.100.000 Tonnen westfälischer Fettschlammkohlen IV, gestiebt und gewaschen ab Beche, oder — falls diese Sorte nicht mehr gehandelt werden sollte — einer gleichwertigen Kohle, nebst Zinsen die selbstschuldnerische Bürgschaft des Staates zu übernehmen. In Kürze wird daher das Badenwerk mit einer Kohleanleihe an den Kapitalmarkt herantreten, deren finanzpolitische und wirtschaftliche Bedeutung in folgendem gerüdt werden soll.

Die Ausgabe einer wertbeständigen Kohleanleihe, die bereits im Reichstag angeregt ist, stellt einen neuen Top von Naturalwertanleihen dar. Die Erwerber haben beim Kauf dieser Schuldverschreibungen, die auf eine bestimmten Kohlenmenge entsprechende Geldsumme lauten, sowohl in Papierform zu bezahlen, als dem Wert der auf der Schuldverschreibung genannten Kohlenmenge im Zeitpunkt der Zahlung entspricht. Demgemäß erfolgt die jährliche Verzinsung mit einem Geldbetrag, der sich aus dem Jahresdurchschnittspreis von 5 % der in der Schuldverschreibung genannten Kohlenmenge ergibt. Nach der gleichen Berechnungsweise richtet sich auch die Rückzahlung etwaiger verlorener Schuldverschreibungen.

Das Badenwerk folgt damit dem Beispiel derjenigen Emittenten, die in neuerer Zeit mit der Ausgabe von Roggenanleihen vorangegangen sind. Zuerst hat Oldenburg durch die Ausgabe von Roggenanleihen, die auf den Geldwert einer bestimmten Menge Roggen lauten und nach fünf Jahren zum derzeitigen Roggenpreis einschließlich der aufgelaufenen Zinsen zurückgezahlt werden sollen, sein Anleihenbedürfnis zu befriedigen gesucht. Ihm ist das Land Mecklenburg-Schwerin gefolgt, das eine Roggenanleihe über den Geldwert von 400.000 Zentnern Roggen im ausmachenden Betrage von 400 Millionen Mark bei Annahme von 10.000 M für 1 Zentner Roggen als Staatsanleihe ausgeben hat. Zurzeit werden in Berlin Roggenrentbriefe der Roggenrentbank-Aktiengesellschaft zu Berlin auf den Markt gebracht, die auf den Geldwert einer bestimmten Anzahl Zentner Roggen lauten und unter Zugrundelegung des jeweiligen durchschnittlichen Roggenpreises mit 5 % verzinst und mit 1/2 % gestilgt werden und die dinglich gesichert sind, da entsprechend den ausgegebenen Roggenrentbriefen auf landwirtschaftlich genutzten Grundstücken innerhalb einer vorfristig bemessenen Befreiungsgrenze Roggenrenten als Reallasten an erster Stelle im Grundbuch eingetragen sind. Auch die Hannoversche Landesbankkreditanstalt ist von ihrem Provinzialausschuß ermächtigt worden, ähnliche Roggen-Schuldverschreibungen auszugeben. Alle diese neuerzeitlichen Emissionen beruhen auf demselben Gedanken, nämlich ein Wertpapier zu schaffen, das gegenüber den Schwankungen der Papiermark als wertbeständig angesehen werden kann, da es sich nach dem jeweiligen Preis des in ihm verbrieften Produkts richtet.

Finanzpolitisch kann man diese Bestrebungen nicht als erwünscht ansehen. Sind sie doch ein Anzeichen des auch im Inland immer mehr schwindenden Vertrauens in den Wert unserer Mark. Die amtlich berufenen Dichter unserer Währung können deshalb auch das Aufkommen

der Naturalwertanleihen, die geeignet sind, unsere gesetzlich allein bestehende Marktwährung mehr und mehr zu diskreditieren, nicht freundlich begrüßen. Zieht man aber in Betracht, daß die Mark, die ein Spielball der Politik der Entente, der ausländischen Markbesitzer und endlich in gewissem Umfange auch der heimischen Spekulation geworden ist, zurzeit jede Stabilität verloren hat, daß sich mit Rücksicht hierauf bereits seit einiger Zeit der Abschluß von privatwirtschaftlichen Verträgen (Kauf-, Anleihe- und Versicherungsverträgen) in Roggen oder sonstigen Naturalien eingebürgert hat, so muß diese Entwicklung als eine zwangsläufige erscheinen, die man nicht hindern kann und die man bis zur erstrebten Wiederherstellung einer amtlichen stabilen Währung, deren wir volkswirtschaftlich unbedingt bedürfen, als gesunde Selbsthilfe der deutschen Wirtschaft bezeichnen muß. Denn die Aufrechterhaltung der Wirtschaft ist auch heute das Gebot der Stunde. Diese ist aber ohne die Zuhilfenahme des in der Ausgabe von Naturalwerten liegenden Ausfallmittels nicht überall möglich.

Die Zerrüttung der Währung hat in der deutschen Wirtschaft eine ungeheure Kreditnot hervorgerufen, da das kapitaltrügerische Publikum infolge der Verluste, die es an festverzinslichen Forderungen aller Art bei der ständig fortgeschrittenen Geldentwertung in den letzten Jahren erlitten hat, im allgemeinen nicht gewillt ist, der Wirtschaft einigermaßen langfristige Kredite in Mark zu gewähren. Kurzfristige Kredite der Banken sind aber, wenn überhaupt, nur gegen meist nicht verfügbare Unterlagen und nur unter den schwersten Zinsbedingungen zu erhalten. Die Anleihe fuhenden Kreise werden deshalb geradezu auf dem Weg der Naturalwertanleihe gedrängt, wenn sie sich die Mittel zur Fortführung ihrer Wirtschaft beschaffen wollen. Zwar gibt es auch heute im anlagestehenden Publikum noch Kreise, die angelockt durch hohe Zinssätze, in denen sie einen gewissen Anreiz der Geldentwertung erblicken, oder weil sie den Finanzproblemen der Gegenwart fernstehen, vielleicht auch mit einem Steigen der Mark rechnen, dem Erwerb von festverzinslichen Forderungen freundlich gegenüberstehen, wie der flotte Abtast einiger neu aufgelegter, hoch verzinslicher Kommunalanleihen gezeigt hat. Im großen ganzen dürfte aber bei starkem Kapitalbedarf die Aufgabe sogenannter wertbeständiger Anleihen zurzeit mehr Zugkraft besitzen. Die schnelle Aufnahme der oben angeführten Roggenanleihen von Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und der Roggenrentbank-A.G. zu Berlin können hierfür als Anzeichen gewertet werden.

Aus diesen Erwägungen dürfte sich auch das Badenwerk, das als eine staatliche Aktiengesellschaft anzuprehen ist und in dem das Land Baden den ausschlaggebenden Einfluß hat, entschlossen haben, mit der Ausgabe einer Kohleanleihe hervorzutreten. Regierung und Landtag haben ihre Zustimmung gegeben und die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen, weil sie nach der Begründung zu dem Gesetz über die Landeselektrizitätsversorgung keinen anderen Weg sehen, um die im Interesse der Landeselektrizitätsversorgung gebotene Weiterführung der begonnenen Arbeiten zu sichern.

Vom Standpunkt des Badenwerks und des Landes Baden ist zu sagen, daß grundsätzlich nur der eine Kohleanleihe ausgeben soll, der über Kohle verfügt. Nun besitzt zwar das Badenwerk keine eigene Kohle im eigentlichen Sinne. Sein Erzeugnis besteht aber aus elektrischer Energie, die man in der Bergmannsprache als „weiße Kohle“ bezeichnet und deren Preis sich im wesentlichen nach dem jeweiligen Kohlenpreis richtet. Inwiefern mag immerhin die Grundlage der Kohleanleihe des Badenwerks als gesund erscheinen, und sie verliert diese Eigenschaft auch nicht dadurch, daß das badische Land, das selbst keine Kohle besitzt, als selbstschuldnerischer Kohle auftritt. Denn die Bürgschaft des Landes Baden ist zur mehrfachen Sicherheit der Anleihebesitzer gedacht und soll einen besonderen Anreiz für die Anleihe bilden. Die badische Regierung, die die im Landesinteresse liegende Elektrizitätsversorgung fördern

will, glaubt damit rechnen zu können, daß sie aus der Bürgschaft nicht in Anspruch genommen wird oder doch jedenfalls auf den Schuldner zurückgreifen kann, da dieser ja in der „weißen Kohle“ die Sach- und Produktivmittel in der Hand hat, die die Grundlage der Schuldverschreibungen bilden. Dieser vom Badischen Staat offenbar verfolgte Gedankengang wird mehr und mehr seine volle Berechtigung finden, je mehr die begonnenen Arbeiten des Badenwerks, die eben durch die geplante Kohleanleihe gesichert werden sollen, ihrer Vollendung entgegenrücken.

Für das Anlage suchende Publikum hat der Erwerb der Kohleanleihe des Badenwerks, die man nach den gemachten Ausführungen den sogenannten wertbeständigen Anleihen zurechnen kann, manchen Reiz. Es ist schon darauf hingewiesen, daß die Besitzer von anderen festverzinslichen, auf Mark lautenden Wertpapieren, in den letzten Jahren schwere Enttäuschungen erlitten haben, sie sind, wenn sie an ihrem Besitz festgehalten haben, heute infolge der Geldentwertung nahezu völlig verarmt. Demgegenüber bietet der Erwerb der Kohleanleihe die Gewähr, daß sich die in ihr gemachte Geldanlage im wesentlichen nicht verschlechtern kann, denn die Kaufkraft des Geldes bei Ankauf des Papiers wird im Zeitpunkt der Verzinsung und Rückzahlung nicht verringert sein, da Zins- und Rückzahlungsbeträge der Bewegung des Kohlenpreises folgen und der Kohlenpreis wiederum mit der Durchschnittsbewegung aller Preise auf dem Inlandsmarkt Schritt hält. Allerdings ist zu beachten, daß die Kohle noch der Zwangsbewirtschaftung unterliegt, ihr Preis wird nicht, wie beim Roggen, durch den jeweiligen Marktpreis, sondern durch eine Reichsorganisation festgesetzt, die durch das Kohlenwirtschaftsgesetz damit beauftragt ist. Die Smidrate schlagen nämlich auf Grund ihrer genau errechneten Selbstkosten dem Reichskohlenverband die neuen Kohlenpreise vor, der sie darauf festsetzt. Diese Preisfestsetzung ist aber erst wieder an die Zustimmung des großen Ausschusses des Reichskohlenrats gebunden, in dem auch Arbeiter und Verbraucher vertreten sind. Außerdem untersteht sie der dauernden Kontrolle des Reichswirtschaftsministeriums, das ein Vetorecht in dieser Frage hat. Erst dann werden die Preise, die damit verbindlich sind, im Reichsanzeiger veröffentlicht. Außer den Selbstkosten der Gruben sind in dem so zustande gekommenen Kohlenpreise vor allem die Kohlensteuer, die Umsatzsteuer und die nicht geringen Beiträge für den Bau von Bergarbeiterwohnungen enthalten. Im Gegensatz zum Roggenpreis, der sich jeweils nach Angebot und Nachfrage sowie nach dem jeweiligen Stande der Devisen richtet, bleibt somit der Kohlenpreis immer eine gewisse Zeitspanne lang unverändert. Gleichwohl kann man im großen und ganzen sagen, daß der Kohlenpreis die Bewegung auf dem Markt der übrigen Inlandsgüter, deren Verkaufspreise durch den Kohlenpreis wesentlich beeinflusst werden, mitmacht, der Besitzer der Kohleanleihe hat also ein variables Papier in Händen, das sich in seiner Bewertung dem Schwanken des Geldwertes in gewissen Grenzen dauernd anpaßt. Dies bietet in Zeiten des Fallens der Mark auch nominell einen Vorteil, es entsteht aber für diejenigen, die richtig rechnen, auch bei Besserung des inneren Wertes der Mark kein Nachteil, da bei Besserung der Schuldverschreibungen, wohl der ausmachende Betrag ein geringerer, dafür aber die Kaufkraft der Mark eine höhere sein wird.

Der kleine oder der große Kapitalist, der bisher den in volkswirtschaftlichen Sinne so wichtigen Spartrieb unterdrückt hat, weil ihm die Anlage in festverzinslichen Wertpapieren oder in Spareinlagen gegen die Abnahme der Kaufkraft des Geldes nicht schmeckt, wird daher voranschreitend gern diese neue, im obigen Sinne wertbeständige Anlagemöglichkeit ergreifen, er wird wieder Freude am Sparen empfinden und auf diese Weise der Wirtschaft, im vorliegenden Falle dem Badenwerk, die unentbehrlichen Verkehrsmittel zur Verfügung stellen.

Ein im größeren Umfange brauchbares Mittel zur Kapitalanlage wird der Kohleanleihe erst dann werden, wenn er zum Börsenhandel zugelassen ist. Er wird auch hier, mit den Roggenrentbriefen zusammen, einen neuen Typ darstellen, da er nicht, wie die übrigen Wertpapiere — abgesehen von den Versicherungsskaffen — in Prozenten, sondern nach Stück gehandelt werden muß, wobei es je nach der Stückelung Stücke über eine oder mehrere Tonnen Kohle, gegebenenfalls auch über eine geringere Menge, geben wird. Die Einführung der gleichartigen, vorerwähnten Roggenrentbriefe an der Berliner Börse ist noch nicht erfolgt, doch sind die hierfür notwendigen Schritte in die Wege geleitet. In diesem Zusammenhang muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Kohleanleihe, insbesondere bei bevorstehenden Veränderungen des Kohlenpreises, leicht zu spekulativen Machenschaften benutzt werden können, wie dem überhaupt der Erwerber damit rechnen muß, daß der Kurs dieser neuen Wertpapiere nicht so konstant sein wird, wie der anderer festverzinslicher Wertpapiere.

Alles in allem kann man die Kohleanleihe des Badenwerks als eine Erweiterung des Kreises wertbeständiger Anlagepapiere begrüßen. Es ist damit ein neues festverzinsliches Wertpapier geschaffen, das sich in seiner Bewertung den Schwankungen des Geldwertes in gewissen Grenzen anpaßt und, obwohl Industrieobligation, gemäß § 1807 B.G.B. die Eigenschaft der Mündelsicherheit besitzt, da es nach Kapital und Zinsen vom Freistaate Baden garantiert ist.

Deutsches Reich

Die Verbindlichkeitsklärung für Tarifverträge.

Berlin, 3. Jan. Nach einem vom Reichsarbeitsministerium dem Reichstage zugegangenen Gesetzentwurf über die Einführung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen soll bei Abänderungen allgemein verbindlicher Tarifverträge, die ausschließlich eine Anpassung der geldlichen Leistungen an die Teuerungsverhältnisse enthalten, von der vorherigen Bekanntmachung und Einziehung einer Einpruchsfrist

abgesehen werden können, wenn der Antrag von allen Vertragspartnern gestellt bezw. von keiner angefochten wird.

Ablehnung von Lohnforderungen in der Metallindustrie.

Berlin, 3. Jan. Die gestern begonnenen Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie sind gescheitert. Die Arbeitgeber lehnten die Forderungen der Arbeitnehmer ab und erjudeten mit Rücksicht auf die Pariser Verhandlungen auf eine Lohnhöhung zu verzichten. Die Arbeitervertreter lehnten dieses Ansuchen unter dem Hinweis auf die erneute Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel ab.

Berlin, 3. Jan. (Drahtber.) Der Streik der Marktführer in der Berliner Metallindustrie hat sich verschärft, nachdem sich die Standinhaber der anderen Berliner Markthallen der Bewegung angeschlossen haben. Es kam zu wiederholten Zusammenstößen zwischen Streikenden und Kaufleuten sowie solchen Standinhabern, die nicht geschlossen hatten. Mehrere Lebensmittelgeschäfte in der Nähe der Zentralmarkthalle wurden von den Streikenden zur Schließung gezwungen. Schließlich mußte Polizei die Ordnung wieder herstellen. Zur Bedeckung eines Fuhrwerkes mit Gemäse waren allein 6-8 Beamte nötig.

Schule und Kirche

Aus der evangelischen Landeskirche.

Pfarrer Artur Pfeiffer in Hochhausen wurde zum Pfarrer in Redarmuthaus ernannt. Pfarrverwalter Christian Günther in Steinhilber wurde zum Pfarrer in Steinhilber ernannt. Der von der Gemeinde Taubersbach gewählte Pastoralrat Pfarrer Hermann Kahn in St. Blasien wurde von der Kirchenregierung bestätigt.

Sport-Spiel

Kennbetrieb und Vollblutjucht.

Ohne Totalfaktor keine Rennen, mithin auch keine Vollblutjucht, die nur durch Rennpreise erhalten werden kann. Ohne Vollblutjucht auf die Dauer keine einwandfreie Vollblutjucht, die mit ihrem Ueberfluth Exportwerte von Hunderten von Millionen schafft. Die Passion der großen Züchter zeigt schon jetzt jährlich Verluste von 18 bezw. 22 Millionen. Die privaten Züchter sind willens, ihrer Passion Opfer zu bringen, nur verlangen sie den Zeitverhältnissen entsprechend erhöhte Rennpreise, da sie andernfalls das Opfer für ihre das Staatsganze entlastende Passion nicht mehr verantworten können. Dann wendet die Substanz des Vollblutmaterials ins Ausland, das große Anstrengungen macht, die deutsche Jucht lahmzulegen. Auch 300 Millionen an Steuern würden durch Einstellung der deutschen Rennen ausfallen. Dagegen würde sich der öffentliche Aufwand für die bodenständige Landespflege wesentlich erhöhen. Den Gemeinden würden Millionen an Aufwandssteuern entfallen, ihren Straßen- und Vorarbeiten sehr beträchtliche Einnahmen aus dem Verkehr an den Rennplätzen. Und was fordern die Züchter und Rennvereine? Einige Prozent mehr als bisher aus dem Totalfaktor (12 Prozent statt 6,5 Prozent der Umlage. Mit diesen erhöhten Einnahmen sollen die Rennpreise bei den Leistungsprüfungen so erhöht werden, daß die Jucht weiter erhalten werden kann.

Bunte Chronik

Preis der Ehrlichkeit in trockenen Amerika. Der Leiter der Durchführung des Alkoholverbots, der „Trodentlegung“ im Staate Illinois hat beim Ausscheiden aus seinem Amte eine Berechnung darüber angestellt, welchen Verdiensteingang er in einem einzigen Jahre seinem Amte zu verdanken hat. Er beziffert diesen auf nicht weniger als insgesamt 5 Millionen Dollars. Im ersten Monat seiner Amtsperiode, als seine Ehrlichkeit den „bootleggers“, den Schleichhändlern in Alkohol, noch nicht über jeden Zweifel erhaben schien, waren ihm 1 1/2 Millionen Dollars an Bargeld und Vermögensgegenständen offeriert worden und zwar zumeist von Rechtsanwälten als Beauftragte von reichen Leuten und Konzernen, denen große Whisky-Bestände beschlagnahmt worden waren.

Märchenhafte Preise für neue Fruchtorten. 1000 Dollars für einen Apfelbaumzweig, 50 000 Dollars für eine Erdbeerpflanze. Vor einigen Jahren beobachtete ein Farmer im Staate New Jersey, daß ein Zweig eines seiner Obstbäume Früchte trug, die, was Farbe und Geschmack anbelangte, von den übrigen Früchten des Baumes gänzlich verschieden waren. Er propfte Reiser davon mit gutem Gelingen an andere Bäume und diese neuentdeckte Frucht erreichte sich bald so großer Nachfrage, daß er im letzten Herbst allein von dem Urbaum Apfel im Werte von 75 Dollar verkaufen konnte. Eine Baumschulensfirma erfuhr von diesem Wunderbaum und erwarb einen Zweig davon gegen eine Bezahlung von 1000 Dollars in Bar; außerdem wurden dem ersten Züchter von jedem Baum und Stedling, dessen Abstammung auf den verkauften Zweig zurückgeht, je 2 Cent und ein Mindestbetrag von 4000 Doll. solcher „Tantiemen“ zugesichert. Den Wert des Urbaums, der wegen seiner Kostbarkeit ganz und gar mit einem Drahtgeflecht umgeben worden ist, schätzen amerikanische Fachkreise auf 8000 Dollars.

Ueber diese Beträge weit hinaus geht der für eine seltene Erdbeerpflanze bezahlte Preis von 50 000 Dollars. Dieses kostbare Exemplar trägt, wie es heißt im Frühommer, fest im Spätommer wieder an und trägt Früchte bis zum Einsetzen des Frostes. Die Käufer rechnen, daß die neue Sorte den gesamten Erdbeeranbau von Grund auf umgestalten werde.

Gedenket d. Hungernden u. Frierenden! Gebt schnell und reichlich für die Winternoth! Spenden und Zeichnungen nimmt dankend entgegen die Expedition d. Karlsruher Tagblattes.

übel. — Die Staatsopfer beherrschte „Predigandis“ von Schmidt, eine Uraufführung. Das Werk wurde einmal hintereinander gegeben. Ich warne Neugierige!

Dr. Oscar Suttman.

Münchener Uraufführung. Im „Volkstheater“ gelangte der neue Schwank von Arnold und Bach „Der lähne Schwimmer“ zur Uraufführung. Es ist heute schon sicher, daß auch dieses lebhaft belacht und lärmlich beklatschte Stück der ihr Handwert verdienstlichen Verfasser ebenso seinen Weg machen wird wie die anderen Schwänke der Verfasser von „Spanische Allege“ und „Awanasdenquartierung“. Sie kennen das wirksamste Rezept und mißchen danach: Aus Frühlammern, Verwechslungen, komischen Situationen, lustigen Anspielereien und Wortwitzen, alles in richtiger Dosis und gegeneinander auf ausbalanciert, erwachsen die Wirkungen des Stückes. Arnold und Bach sind in ihrer Art Meister. Wenn auch jedes neue Stück von ihnen nichts anderes ist als ein neuer Schuß auf dem alten Reiten. In den drei Akten handelt es sich stets darum, daß irgendein dunkler Punkt aus der Vergangenheit auftaucht, der größer und größer wird und den Missetäter trancubule zu verderben droht, ein Unheil, das im letzten Akt zu allgemeiner Genußnahme beklagt wird. „Der lähne Schwimmer“ ist natürlich kein lähner Schwimmer, er ist überhaupt kein Schwimmer, sondern ein braver Mann und Witwer, der gern ein junges Mädchen heiraten möchte. Die Auserwählte ist bereits verlobt und verlobt, wendet sich aber dem neuen Bewerber zu, da sie ihn für ihren — Lebensretter aus dem Jenseits hält. Am Hochzeitsmorgen kommt der Schwindel auf und der Bräutigam nimmt — seine Schwiegermutter anstelle der Braut zur Frau. Ein netter Einfall läßt, als Nebenhandlung, aus einer Dackelhunde eine Menschenverlobung werden.

M-M.

Frizi Massart, die bekannte Berliner Operettensoubrette, und der Tenor Erik Wirtl sollten in London in den englischen Aufführungen des „Dreimädchens“ mitsingen; nun hat

aber die Behörde dem Gastspiel die Genehmigung verweigert mit der Begründung, „es könnten in England keine deutschen Künstler spielen, so lange dort kein Mangel an englischen Kräften sei“.

Richard Strauß wird, wie aus Wien gemeldet wird, demnächst mit der Leitung der neuen Meisterkurse für Kompositionen an der Wiener Musikakademie betraut werden. Die Akademie soll den Rang einer Musikuniversität erhalten.

Kunst und Wissenschaft

Badische Kunstballe. Entsprechend den bereits im vergangenen Jahre gemachten Mitteilungen wird die Badische Kunstballe in diesem Jahre eine retrospektive Ausstellung badischer Malerei veranstalten. Ueber den Umfang und die Begrenzung im einzelnen werden noch nähere Mitteilungen erfolgen. Es ist vorzuziehen, nicht nur auf Werke aus dem Karlsruher Privatbesitz, die bereitwillig zur Verfügung gestellt wurden, zurückzugreifen, sondern wenn irgend möglich Werke aus auswärtigem Privatbesitz und auswärtigen Museen heranzuziehen, um die Bedeutung der badischen Malerei für die gesamtdeutsche Kunstentwicklung in einer eindringlichen Kundgebung festzustellen.

Aus dem städtischen Museum in Erfurt ist eine Reihe von außerordentlich wertvollen Kunstgegenständen beschlagnahmt worden. Das wertvollste Stück ist eine goldene mit Diamanten besetzte Zahnemulde aus dem Jahre 1790, die im Besitze der Maria Paulowna gewesen war. Von den Tälern fehlt jede Spur.

Finnische Spenden für notleidende deutsche Studenten. Die Selbsthaltung für die notleidenden deutschen Studenten in Finnland hat bisher den Betrag von mehr als 20 Millionen Reichsmark ergeben. Die Gelder sind durch Vermittlung des Auslandsamtes der deutschen Studentenschaft notleidenden deutschen Studenten zugeflossen.

Aus Baden

Bekämpfung des Zigeunerunwesens.

Im Hinblick auf die zunehmenden Klagen über eine Überfüllung des Landes mit Zigeunern hat das Ministerium des Innern durch Verordnung vom 20. Dezember 1922 vorgeführt, daß alle nicht selbständigen Zigeuner oder nach Zigeunerart umherziehenden Personen über 14 Jahre zum Anzeigewesen über ihre Personallisten ein Personalblatt mit sich führen müssen, das eine amtliche Bescheinigung über die von ihnen gegenüber den Behörden gemachten Angaben über Namen, Familienstand, Beruf, Geburtsort und -tag enthält.

Es wird hiermit das inzwischen in Baden in weitem Umfang eingeführte Fingerabdruckverfahren auch zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens nutzbar gemacht, da bei Aufnahme der amtlichen Bescheinigung aller Zigeuner und nach Zigeunerart reisenden Personen das Fingerabdruck- und die Fingerabdrucke der Sammlung beim Landespolizeiamt Karlsruhe angefertigt werden.

Anpassung der Holzpreise an die Kohlenpreise.

Karlsruhe, 3. Jan. Die hies. Forstverwaltungen und Waldbesitzerverbände von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen haben eine Vereinbarung getroffen, die Brennholzpreise den jeweiligen Kohlenpreisen anzupassen. Auf Grund dieser Vereinbarung wurden Brennholzpreistabellen ausgearbeitet, die die den verschiedenen Kohlenpreisen entsprechenden Brennholz-Waldbreife enthalten, die für Bäume mittlerer Art und Größe und mittlerer Hohlgröße gelten und die dennoch für Waldorte mit geringem oder ungenügendem Holzvorrat und für die Qualität des Holzes entsprechend zu erhöhen oder zu erniedrigen sind.

1. Florheim, 3. Jan. Der Betrieb der Straßenbahn soll Mitte Januar 1923 auf die Hälfte eingeschränkt und bei fortwährender Abnahme des Verkehrs und der Einnahmen zum 1. April 1923 gänzlich eingestellt werden.

1. Mannheim, 3. Jan. Der kürzlich gegründete badische Landesverband der Leichenhauer will bei der Regierung beantragen, daß sämtliche Leichenhauer Baden vom Staate übernommen werden, da die Leichenhauer in Konstantz und Freiburg bereits staatlich angestellt sind. Eine Verarmung der Leichenhauer aus den Bezirken Mannheim, Schwabingen, Heidelberg und Weinheim billigte das Vorhaben; im Januar 1910 in Karlsruhe eine Landesversammlung stattfinden, die nochmals zu dieser Frage Stellung nehmen soll. Ferner soll zu den Gebühren Stellung genommen werden, die künftig die die Beförderer der Beamteten den Feuerbestattungsinstituten angepaßt werden sollen.

1. Karlsruhe, 3. Jan. In der vergangenen Nacht brach im Defonomiegebäude der Wirtschaft zum „Höfle“ Feuer aus, das sich auch auf das anstoßende Anwesen der Firma Langsdorff ausdehnte. Das Defonomiegebäude und ein Teil des Langsdorffschen Gebäudes fiel in Schutt und Asche. Der Besitzer des genannten Hofhauses wurde verhaftet, da er in angetrunkenem Zustand den Brand verursacht haben soll, indem er mit brennender Glorie in dem Defonomiegebäude herumließ. — Beim Schließen in der Renzjahrstraße verlor der 19jährige Sohn eines Landwirts in Altmannweiler drei Finger einer Hand.

1. Badenweiler, 3. Jan. Die Erben Pinnar, die Besitzer des seit Jahren stillliegenden Eisen- und Silberbergwerks Hans Baden, haben dieses Bergwerk an die Gewerkschaft „Glückauf Schwarzwald“, L.G. für Erzbergbau und Hüttenbetrieb, zu Eigentum übertragen. Die Gewerkschaft „Glückauf Schwarzwald“ verfügt damit über elf Grubenfelder. Der Betrieb in dem Bergwerk Hans Baden soll alsbald aufgenommen werden. In früheren Zeiten waren dort zweihundert Knappen beschäftigt. Da die Gewerkschaft sowohl von Schürfern wie vom Karlsruher aus über bequeme Zugänge zu der Erzwerkstätte in Hans Baden verfügt, und die Erz unter Tage der neuen Erzgrube und Aufbereitungsanlage in Schürfern fördern kann, wird von sachverständiger Seite der Vereinigung der beiden Unternehmen für die Entwicklung des Karlsruher Erzbergbaus große Bedeutung beigemessen. Früher lag dieser Erzbergbau hauptsächlich in den Händen von Badler Unternehmern, jetzt sind Badener und Rheinländer die Hauptbetrieblisten.

1. Emmendingen, 3. Jan. In den Folgen eines Schlaganfalls ist Altbürgermeister Rehm gestern abend plötzlich gestorben. Eine Reihe von Jahren hindurch stand der Entschlafene an der Spitze der Gemeinde Emmendingen. Auch politisch ist Bürgermeister Rehm hervorgetreten. Er vertrat als Mitglied der früheren National-liberalen Partei viele Jahre die Stadt Emmendingen in der Zweiten badischen Kammer.

1. Vörsach, 3. Jan. Zu der Werdstat in der Neujahrnacht wird noch berichtet, daß die Kinder des Heiners Schildeder mit denen des Maurers Condy Streit hatten, der sich dann auf die Wäler übertrug. Hierbei zog Schildeder den Revolver und firete Condy durch zwei Schüsse nieder. Condy war sofort tot. Der Täter wurde verhaftet.

1. Konstantz, 3. Jan. Einen in werten Reinfall erlitt ein hiesiger Handwerksmeister, der einem befreundeten Schweizer eine Gefälligkeit erweisen wollte. Er nahm einen Herren- und einen Damenmantel über die Grenze, die er umgehindert passierte. Bei der Mätsche wurde er aber erwischt. Er wurde deussetwärts mit zwei Millionen Mark und Schweizerfrankens mit 200 Franken bestraft. — In Friedrichshafen wurde der Betragschwindler Friedrich Christ verhaftet, der in Konstantz, Ulm, Ulm und anderen Orten zahlreiche Mädchen betrogen hat. Bis jetzt hat er elf Fälle von Betragschwindeln zugegeben.

Aus dem Stadtkreise

Geh. Obermedizinalrat Houjer †.

Im Alter von 73 Jahren ist gestern nach langem, schweren Leiden Geh. Obermedizinalrat Dr. Wilhelm Houjer gestorben. Der Entschlafene, der aus Peterstal stammte und zuerst als praktischer Arzt gewirkt hatte, nahm im letzten Lebensjahre seines Lebens eine hervorragende Stellung ein. Nach Aufgabe seiner Privatpraxis und einer mehrere Jahre umfassenden Tätigkeit als Bezirksarzt in Trübs wurde Dr. Houjer im Jahre 1890 zum Kreisoberarzt für die Kreise Bollingen und Konstantz mit dem Wohnsitz in Bollingen ernannt. Nach dem Tode des Verstorbenen ist das Ministerium des Innern als Medizinalsekretär berufen. Zugleich war er auch einige Jahre Bezirksarzt für den Landkreis Karlsruhe; von 1904 an gab er jede ärztliche Tätigkeit auf und widmete sich ganz den umfangreichen Arbeiten, die die Medizinalsekretärstelle im Ministerium des Innern mit sich brachte. Im Jahre 1910 erfolgte seine Ernennung zum Geheimen Obermedizinalrat. Seine Tätigkeit erstreckte sich auf alle gesundheitslichen Gebiete des ganzen badischen Landes; hier war es wieder das Spezialgebiet der Tuberkulosefürsorge, der man bekanntlich in Baden eine besondere Aufmerksamkeit schenkte, wodurch diese Krankheit auch vor dem Kriege sehr wesentlich eingedämmt werden konnte. Als Vorstand der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene vertrat Geh. Rat Houjer auch auf diesem Gebiet sein umfassendes Wissen in den Dienst der neuzeitlichen hygienischen Bestrebungen zu stellen.

Die Bewilligung von Krankenmilk. Amtlich wird bekanntgegeben: Bei der Knappheit der den Kommunalverbänden zur Verfügung stehenden Milch muß Vorzorge getroffen werden, daß nur die Kranken Krankenmilk erhalten, die ihrer dringenden Bedürfnisse. Es geht nicht an, daß Krankenmilk noch weitgehend zugewiesen wird, während für Kinder über 4 oder 6 Jahren keine Milch mehr vorhanden ist. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit genügt die Nachprüfung der ärztlichen Zeugnisse durch den in den Richtlinien vom 14. Dezember 1917 vorgezeichneten Ausschuss nicht mehr. Wie Feststellungen in den größeren Städten erkennen lassen, wird zurzeit annähernd ein Drittel der angeforderten Milch für Kranke und Anhaltler verbraucht; es besteht der durch Einzelfälle belegte Verdacht, daß Milch in erheblichen Mengen von angeblich Kranken auf Kosten der Kinder weggenommen wird. Es muß daher in Zukunft schärfer als bisher nachgeprüft werden, ob die durch die ärztliche Zeugnisse verbriefene Milch auch tatsächlich zugewilligt werden kann.

1. Svarprämienanleihe. Bei der jüngsten Gewinnverteilung sind für je 4 Reichs (römisch A, B, C, D) folgende größere Gewinne gezogen (ohne Gewähr): vier Gewinne von A 1 Million auf Gruppe 1921 Nr. 135, vier Gewinne von A 500 000 auf Gruppe 1114 Nr. 174, vier Gewinne von A 300 000 auf Gruppe 1254 Nr. 13, vier Gewinne von A 200 000 auf Gruppe 18 Nr. 146. — Die nächste Gewinnziehung findet am 1. Juli statt. Sie ist mit einer Tilgungsanleihe verbunden.

Für die Winterhilfe sind bis jetzt 25 Millionen Mark eingegangen.

Selbstmord. Am 2. Januar hat sich ein lediger Rangierer in seiner in der Altstadt befindlichen Wohnung erhängt, weil er mit einer unheilbaren Krankheit behaftet war.

Beirägerin. Eine Dame aus Berlin hatte sich auf der Fahrt hierher gegenüber zwei unbekannt „Damen“, die ihr allerlei zu entlocken versuchten, recht gründlich über ihre Verhältnisse ausgesprochen, so u. a. auch über den Inhalt ihrer beiden Gepäckstücke, eines Koffers und einer Kartonschachtel. Bei der Ankunft in Karlsruhe gab die Dame ihr Gepäck an Schalter zur Aufbewahrung ab. Am anderen Tage begab sich die beiden Reisegenossinnen an den Gepäckschalter und unter der Angabe, sie hätten den Koffer verloren, gelang es ihnen, von dem Beamten, dem sie ja von dem Inhalt der Gepäckstücke, die Damenkleider und Wäsche im Gesamtwerte von 300 000 A enthielten, genaue Auskunft geben konnten, deren Herausgabe sie ersuchten. Die Kofferin ist etwa 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schlank, blond, trägt schwarzes Kostüm, Gummihut und grünen Mantel. In ihrer Begleitung befand sich ihre angebliche Schwester. Man kann daraus entnehmen, wie zweckmäßig es ist, bei Geisprächen in der Eisenbahn Zurückhaltung zu üben.

Unterhaltungs. Der 59jährige Kaufmann Otto Sauter, der bei der Firma Stromeyer hier angestellt war, unterließ seiner Firma in der Zeit von August bis Dezember 1922 ungefähr eine halbe Million Mark. Er hatte jeweils einlaufende Schecks, die er für seine Firma ausgeben hatte, auf das Konto, das er sich bei einer hiesigen Bank angelegt hatte, überwiesen. Der Täter ist flüchtig geblieben.

Diebstahl. Am 10. Dezember entwendete ein Arbeiter aus Saarbrücken seiner hier wohnenden Mutter 22 Dollar, 35 französische Franken, 10 Derrenhenden, 8 Paar wollene Strümpfe, 12 Kissenbezüge, 4 Bettlaken, 6 Herrenunterhosen und 10 Bund Wolle und geringe Kleider.

Festgenommen wurden: 5 Ausländer wegen Verletzungen gegen die Polizeibestimmungen, ein Tagelöhner aus Oranien, der aus einem Hause hier Fenster ausstängelte, um sie dann zu verkaufen, ein Arbeiter aus Durrheim, der vom Amtsanwalt 3 hier wegen Diebstahls und vom Amtsanwalt Rastatt, weil er aus einer Erziehungsanstalt durchgefallen, gefasst wird, bei einer Razzia drei obdachlose Personen.

Mitteilungen des Bad. Landesheaters. Grillparzer's „Jüdin von Toledo“ gefasst heute Donnerstag zur vierten Aufführung; ebenso Shakespeares „Hamlet“ am Samstag, den 6. Januar.

Am Sonntag, den 7. Januar, geht als Vormittagsvorstellung um 11 Uhr. Nach dem Trends Weihnachtsmärchen „Christus in der Wüste“ zum siebentmal in Szene. — Im Konserthaus erfolgt am Sonntag, den 7. Januar, die vierte Aufführung der erfolgreichen Komödie „Campeolo“ von Dario Nicodemi. — Der Opernklub führt für Sonntag, den 7. Januar, eine Aufführung von Biets „Carmen“ vor. Den Don José singt Wilhelm Reutwig, den Escamillo Rudolf Bentrich, während die übrige Besetzung die bekannte ist. Am Dienstag, den 8. Januar, gelangt Vorwärts romantische Janeroper „Ardine“ zur Bühnenaufführung. Die Titelpartie liegt in den Händen von Frau Sieber, während Frau von Abendung die Beldara und Herr Peters den Zeit erntmal singen werden. In den hiesigen Opernpartien sind beschäftigt Frau Wolf-Tomski sowie die Herren Wänter, Gök, Reutwig und Dr. Buberfennig.

Chronik der Vereine. Wertarbeitervereine. Unter dem Vorsitz des neugewählten Vorstandes Herrn Pflümann fand am Dienstag abend die Hauptversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Herr Pflümann Bericht über den Verlauf der vergangenen Woche. Die Tagesordnung umfaßte die Besprechung der Angelegenheiten der Wertarbeitervereine, die der Leiter der Geschäftsstelle Mannheim Herr Groß hielt einen Vortrag über die wirtschaftspolitischen Verhältnisse der Gegenwart und die Stellung der Wertarbeiter hierzu. Die Geschäftsstelle soll wieder mit einem Beamten besetzt werden. Durch außerordentliche Spenden der Mitglieder konnten in vielen Fällen die Mitglieder zu Weihnachten arbeitslose Unterhaltungen erhalten.

Wertarbeitervereine. Die Wertarbeiter, die der Arbeiter-Verein für den Reichsbereich in der Entschlafenen veranlaßt, nahm einen in jeder Beziehung betriebsdienlichen Verlauf. Die Einleitung der Veranstaltung bildete ein Konzert, dessen Leitung Direktor Blum übernommen hatte. Frau Sieber, Müller, Sauter mit ihren ergriffenen Tänzern und Kammerlänger Wänter mit seinen prächtig vorgetragenen Gesängen ernteten den lebhaften Beifall der zahlreichen Zuhörer. Herr Blum fand mit seinen humorvoll vorgetragenen Mitteilungen reichlichen Beifall. Kammermeister Söhmann führte die Begleitung der Gesänge und Tänze in gleicher Weise durch. Nach dem Konzert fand eine Generalversammlung statt. Der sich daran anschließende Tanz vereinte die Mitglieder noch lange.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 1. Jan.: Elise Stöckel, alt 89 Jahre. Witwe des Güterbesizers Anton Stöckel; Maria Barth, alt 65 Jahre, Witwe des Drechlers G. Barth; Frieda Reib, alt 23 Jahre, Ehefrau des Kaufmanns Aug. Reib; Peter, alt 1 Jahr 8 Monate 18 Tage, Vater Otto Reib, Oberlehrer; Josef Mehl, alt 6 Monate, Vater Mehl, alt 64 Jahre. — 2. Jan.: Dr. Wilh. Sauter, Geh. Obermed.-Rat, Geh. Rat, alt 73 Jahre; Martha Frielewagen, Köchin, leben, alt 65 Jahre. Verlobungen und Trauungen erwählener Verlobter. Donnerstag, 4. Januar. 11 Uhr: Frieda Reib, Kaufmanns-Tochter, Durlacher Allee 68. 1 Uhr: Karoline Mader, Köchin, Fährstraße 1. — 12 Uhr: Marie Niffel, Oberpostkassenscheine-Führer, Durlacher Allee 8. — 13 Uhr: Franz Reib, Privatmann, Kriegerstraße 47a. — 3 Uhr: Martha Frielewagen, Köchin, Kriegerstraße 18. — 4 Uhr: Josef Thoma: Musikant, Markgrafenstraße 33.

Tagesanzeiger

Donnerstag, den 4. Januar 1923. Bad. Landesheater: „Die Jüdin von Toledo“, abends 7 bis nach 9 1/2 Uhr. Extratraktat: Opern-Abend von G. H. Rena. Abends 8 Uhr. G. H. Rena: Bauerntheater, abends 8 Uhr. Schwanenbühne: Kasperltheater, abends 8 Uhr. General der Techn. Hochschule.

Briefkasten

Frau R., hier. Sie können eine Erhöhung des Postpreises für die Jahre 22 und 23 beantragen. Zunächst ist das Amtsgericht als Posteingangsort, in dessen Bezirk die Adressen liegen. H. G. 20. Gegen das Vorhaben des betr. Vereins läßt sich wohl nichts einwenden. Sie können sich lediglich in der nächsten Generalversammlung über die Vereinseitige Entscheidung äußern. Im übrigen erheben sich über Ihre Beschwerde lediglich im Ministerium die Angelegenheiten der Postämter, die die Ausführung der Postämter erheben und im Ministerium, da die Landesverwaltung mit dem Postamt zurückbleibt. Es ist wohl ein Irrtum, wenn Sie schreiben, daß Sie zu fraglicher Zeit überall im freien Handel Kartoffeln zu 400 A hätten besorgen können.

Berliner Kursbericht

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Bank-Aktien, Eisenbahn-Aktien, and Schiffahrts-Werte. Lists various securities and their prices.

Table with columns for Bayer. Spiegelglas, Dürkopp, Düsseld. Masch., Eisenw. Kratt, Dynamis Nobel, etc. Lists various industrial and commercial products and their prices.

Table with columns for Harter Bergw., Brück, S., Harter Bergw., Brück, S., Harter Bergw., Brück, S., etc. Lists various commodities and their prices.

Table with columns for Rositz, Braunk., Rositz, Zueker, Rositz, Zueker, etc. Lists various commodities and their prices.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)
Frankfurt, den 3. Januar (abends.)
Es kosten:

Brüssel	1 Fr. 510.— (früh. 0.80 M.)
Amsterdam 1 Gld. 3000.— („ 1.70 „)	
London 1 Pfd. St. 35000.— („ 20.— „)	
Paris	1 Fr. 555.— („ 0.80 „)
Zürich	1 Fr. 1440.— („ 0.80 „)
Italien	1 Lire —.— („ 0.80 „)
Newyork 1 Dollar 7550.— („ 4.20 „)	

Tendenz: befestigt.

Von den Börsenplätzen.

Mannheimer Effektenbörse.

Lebhaftes Geschäft.
K. Mannheim, 3. Jan. (Drahtber.) Der heutige Börsenverkehr war überaus lebhaft bei ziemlich fester Tendenz. Rheinische Creditbankaktien gingen zu 1800 Prozent um, Südd. Diskonto zu 2100 Prozent. Von chemischen Werten sind Anilin 8300 bezahlt und Geld, Rhenania 8200 bezahlt und Westeregeln 15000 Geld. Benz wurden zu 4500 Prozent gehandelt, Gebr. Fahr zu 8200, Hedderheimer Kupfer 4700, Karlsruher Maschinen 5400, Mannheimer Gummi 3800, Maschinenfabrik Badenia 3700, Neckarsulmer 4250, Rhein Elektra 5500, Freiburger Ziegelwerke 3200, Zuckerr. Frankenthal 6000, Zuckerr. Waghäusel 6300 Proz. Ferner Oberrheinische Versicherungsaktien zu 3000 M. pro Stück. — Am Freitag gelangen erstmals die Aktien der Konservf. Braun in Pfeddersheim zum Handel und zur Notierung.

Frankfurter Börse.

Abwartende Haltung.
w. Frankfurt a. M., 3. Jan.
Der erste Börsentag im neuen Jahr trug verhältnismäßig lebhaften Charakter. Das Hauptaugenmerk der Börse ist naturgemäß auf die Pariser Konferenz gerichtet, und man will an der Börse wissen, daß man diese Verhandlungen in hiesigen führenden Finanzkreisen mit geteilter Ansicht betrachtet. Die ersten Kurse zeigten für verschiedene Spezialwerte eher eine feste Tendenz. Sonst zeigten vielfach Industriewerte nicht die Festigkeit, die erwartet wurde. Die Spekulation verhielt sich zurückhaltend.

Am Devisenmarkt kam es ebenfalls zu keinem anregenden Verkehr. Im Frühverkehr ging der Dollar mit 7300—7450 um. An der Börse nannte man einen Kurs von 7500—7525. Ausländische Renten waren durchaus uneinheitlich. Türkenrente fester. Oesterreichische Kreditanstalt setzten er eblich höher ein: 2110. Heimische Banken bei ruhigem Geschäft fest. Handelsgesellschaft lebhaft. Am Montanaktienmarkt war die Tendenz vorwiegend schwächer. Vercinzelt waren zu Beginn des Verkehrs Kurseinbußen zu beobachten. So gingen Phönix, Buderus, Oberbedarf, Caro niedriger hervor. Ruhig lagen Metall- und Maschinenaktien, höher stellten sich Benz-Motoren, ebenso vermochte Deutz-Gas anziehen, während Veith-Werke angeboten waren. Der Markt der chemischen Werte lag schwächer. Badische Anilin, Griesheim, Theodor Goldschmidt setzten niedriger ein. Einzelne Elektrowerte stellten sich ebenfalls schwächer. Unter den Zuckeraktien waren Offstein, Waghäusel, Heilbronn matter. Im Verlaufe der Börse bemerkte man vielfach, daß wieder die bekannten Favoritpapiere begehrt waren. Zellstoff-Aschaffenburg 11000 anziehend.

Der freie Verkehr lag ziemlich lebhaft. Brown Boveri 27—2800, Inag 3150—3250, Mansfelder 8800, Hansa-Lloyd 1800, Knorr-Heilbronn 7300, Stöckicht-Gummi 3000. Unter den Schiffahrtswerten waren Hapag und Norddeutscher Lloyd nachgebend. Erwähnenswert sind ferner Oesterreichische Staatsbahnen 88000. (Notierung in Mark).

Am Kassamarkt der Industriepapiere war die Haltung zum überwiegenden Teil fest. Zu den bevorzugten Papieren gehören Spiegel und Spiegelglas, Vogtländische Maschinen, Gebr. Fahr, Ludwig Gans, Mainz-Kraft, Pinselabrik-Nürnberg und Lechwerke. Eigenartig mutete das Minuszeichen für Sparpapien an. Auch 4 Prozent Hessen unterlagen dem Angebot.

Berliner Börse.

Devisen fester. — Effekten niedriger.
w. Berlin, 3. Jan.
Die Devisenkurse befestigten sich schon im Verlaufe des Vormittags und zogen während des offiziellen Börsenverkehrs wegen der Stellungnahme Frankreichs in der Reparationsfrage wieder an.
Gleichwohl eröffnete der Effektenmarkt zu abgeschwächten Kursen für Industriepapiere. Offenbar lagen noch infolge der vorausgegangenen schwankenden Haltung der Devisenkurse überwiegend Verkaufsaufträge vor. Die Spekulation hielt sich wegen der Unklarheit der politischen Verhältnisse zurück. Am Montanmarkt büßten einige Werte mehrere Tausend Prozent ein, wie Phönix, Riebeck-Montan, Essener Steinkohlen und Buderus. Von Elektrizitätswerten waren Siemens & Halske 1300 niedriger, ferner waren Norddeutsche Wolle ziemlich 3000 niedriger. Banken bewahrten ihre gute Haltung. Schiffahrtswerte waren anfangs ungleichmäßig und im Einklang mit der

Besserung der Devisen gebessert. Der Verkehr entbehrte der Lebhaftigkeit. Die Haltung blieb auch weiterhin unsicher.

Fortlaufend notierte Werte: 5 Proz. Reichsanleihe 80.75, 4 Proz. 640, 3 1/2 Proz. 340, 3 Proz. 1400, 4 Proz. Consols 165, 3 1/2 Proz. 141.50, 3 Proz. 320, 5 Proz. Mex. 95000, Baltimore 4160, Schantung 2575, Hapag 890, Nordd. Lloyd 5500—5400, Darmstädter Bank 3000, Deutsche Bank 7900, Mitteldeutsche Creditbank 1700, Anilin 8400, Bergmann 7550, A.E.G. 5750, Boch. Guß 21000, Gebr. Böhler 11750, Buderus 10500, Daimler 4320, Deutsch-Luxemburg 24500, Deutsche Waffen 45000, Gelsenkirchen Bergwerk 24000, Hammersen 9300, Harpener 16500, Hirsch-Kupfer 11500, Hohenlohe 9000, Ilse Bergbau 15000, Hadersleben 10500, Karlsruher Maschinen 5225, Köln-Rottweil 10000, Laurahütte 11200, Lothr. Hütte 17200, Mannesmann 13750, Oberschl. Caro 8100, Oberschl. Kokswerke 15400, Königsberg 17500, Riebeck-Montan 28500, Rombacher Hütte 7300, Rütgers-Werke 8500, Schuckert Elektro 11775, Siemens & Halske 21500, Westeregeln 14450, Zellstoff Waldhof 11000.

Karlsruher Produktenbericht

— Karlsruhe, 3. Jan. Der gestrige Trefftag war wieder sehr stark besucht. Man war geneigt, von den Verhandlungen in Paris etwas zu erwarten, weshalb Zurückhaltung platzgriff. Geschäfte kamen daher wenig zustande. Es wurden folgende Preise genannt: Weizenmehl, Basis Spezial 0, 55 600, Roggenmehl 45 500, Weizen 30 000, Roggen 28 500, Gerste 26 000, ausländischer Mais 30 000, Kleie 15 000 Mark der Doppelzentner.

Industrien / Handel / Verkehr.

Junker & Ruh-Werke A.-G. Karlsruhe. Die Gesellschaft verzeichnet für 1921/22 nach Mark 0.43 (0.10) Mill. Abschreibungen M. 10.07 (0.72) Mill. Reingewinn, dessen Verwendung (i. V. 10 Proz.) Dividende) der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Abschluß nicht erkennen läßt. Bei M. 20 (10) Mill. Grundkapital, wovon M. 7.50 Mill. noch nicht eingezahlt, stehen den M. 23.50 (10.60) Mill. Kreditoren, M. 15 Mill. (wie i. V.) Obligationenschulden und M. 4.63 (1.57) Mill. Darlehen M. 33.16 (5.77) Mill. Debitoren und M. 30.07 (26.43) Mill. Vorräte gegenüber.

Die Einkaufs-A.-G. Südwestdeutscher Lebensmittelgroßhändler in Karlsruhe (im Mai 1922 von 35 Interessenten mit M. 4 Mill. Kapital errichtet), plant Kapitalerhöhung um M. 36 auf 40 Mill.

Löwenbrauerei Louis Sinner A.-G., Freiburg. In der G.-V. wurde laut „Frbg. Ztg.“ der Antrag auf Verschmelzung mit der Ganterschen Brauereigesellschaft A.-G. durch Vertreter einer anscheinend geschlossenen Interessentengruppe zu Fall gebracht, obwohl die überwiegende Mehrheit für die Genehmigung des Verschmelzungsvertrages gestimmt hatte.

Die Brauerei Braun in Lahr hat ihren Betrieb nicht eingestellt, wie gestern gemeldet wurde. Demgemäß trifft es auch nicht zu, daß ihr Kontingent an eine andere Brauerei übergegangen ist. Dagegen hat die Brauerei Nestler in Dinglingen den Betrieb aufgegeben. Ihr Brauereikontingent hat die Brauerei Meier in Riegel übernommen.

Liga-Gummiwerke A.-G. in Frankfurt a. M. Die der Gummiwarenfabrik Louis Peter nahestehende Gesellschaft, die erst zu Beginn vergangenen Jahres neuerrichtet wurde, schlägt der noch einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung für das erste Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 70 Prozent vor.

Marswerke A.-G. in Nürnberg. Einer auf 27. d. Mts. einzuberufenden Generalversammlung wird die Erhöhung des Grundkapitals um 11,5 Mill. Mark vorgeschlagen.

Flensteinwerk A.-G. in Murrhardt. Diese neue Aktiengesellschaft ist insofern als Kuriosum anzusehen, als nicht weniger als 26 Gründer an der Errichtung mitgewirkt haben und ein Aktienkapital von 1,53 Mill. Mark vorhanden ist.

Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter A.G. in Frankfurt a. M. Die nächste ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft ist auf den 20. Februar einberufen. Beauftragt ist die Zuweisung von jeweils 5 Mill. Mark an die Rücklagen und Wohlfahrtskonten, sowie die Verteilung einer Dividende von 50 (35) Prozent sowie einer Jubiläumsonderverschüttung von 25 (0) Prozent aus einem Reingewinn in Höhe von 42 106 000 (10 430 595) Mark.

Pläne des Klöckner-Konzerns. Der Klöcknerkonzern besitzt im nördlichen Teile des zu Landkreise Dortmund gehörigen Amtes Rautil bedeutende Industrieanlagen mit Zechen und Nebenanlagen, die sich in der Hauptsache um den Bahnhof Rautil gruppieren. Die Anlagen, die wesentlich erweitert werden sollen, erstrecken sich über die Landgemeinden Irkern, Habinghorst, Rautil und Bladenhust und die Stadtgemeinde Castrop. Auf Bladenhustener Flur beabsichtigt der Klöcknerkonzern aus dem von Reich unter der Bedingung des Wiederaufbaues erhaltenen Entschädigungssummen als Ersatz für den Verlust in Lothringen am Rhein-Herne-Kanal in der Nähe der Schachtanlage des Lothringer Hütten- und Bergwerksvereins ein großes Hüttenstahl- und Walzwerk zu errichten. Für das in seinen Anlagen ein wirtschaftlich geschlossenes Ganze bildende von ihm eingekommene Gebiet erstrebt der Klöcknerkonzern den kommunalpolitischen Zusammenschluß. Davon erfaßt werden soll auch der Westteil der Gemeinde Bövinghausen, in dem ein Teil der Schachtanlagen der Bergbaugesellschaft Lothringen sowie die chemischen Werke Lothringen liegen, und die Gemeinde Gerthe, in der sich die Hauptanlagen der Bergwerksgesellschaft Lothringen befinden. Die Stadt Castrop will, wie die „Frbg. Ztg.“

meldet, diesem Plane nur zustimmen, wenn ihr das nördliche Drittel der Gemeinde Rautil zugesprochen wird.

Währungsfragen.

Die 5proz. Briefe der Roggenrentenbank A.-G. zu Berlin, sind, wie die kommissionsweise aufgetretene Seehandlung mitteilt, wesentlich überzeichnet worden, so daß auf die in den letzten Tagen eingegangenen Zeichnungen im allgemeinen nur erheblich verminderte Beträge zugeteilt werden können.

Hamburg-Amerika-Linie. Wie die Leitung auf Anfragen mitteilt, schweben allerdings in den Kreisen des Aufsichtsrates und des Vorstandes Erwägungen über die Ausgabe einer Festmark-Anleihe, jedoch sind diese noch nicht so weit gediehen, daß der Öffentlichkeit zuverlässige Angaben gemacht werden könnten. Der Prospekt, der sich im Umlauf befindet, sei lediglich ein Entwurf und sei in keiner Weise zu einer abschließenden Stellungnahme geeignet.

Von den Märkten.

Berliner Metallmarkt. 3. Jan. Elektrolyt 2481, Kupfer 2150—2200, Weichblei 900—950, Zink im freien Verkehr 1300—1350, Zink in Platten 1050 bis 1100, Aluminium 3024, Drahtbarren 3048, Banka Zinn 6450—6550, Hüttenzinn 6380—6450, Reinickel 4450—4550, Antimon 800—850, Silber 146 000 bis 148 000, Oberschles. Zink 1353.58.

Hamburger Metallmarkt. 3. Jan. Silber ca. 900 fein 150—147,5, per Jan. 150—147,5, per Febr. 162,5—157,5, per März 180—175; Zinkhütten, prompt 1300—1250, per Jan. 1300—1250, per Febr. 1425—1350, per März 1600—1450; Zink ungeschmolzen 1150—1025; Weichblei, ab Lager 925—880, ab Hütte 925—880, raffiniert 875—825; Banka Zink 6500—6200; Kupfer, greifbar 2450—2400, raffiniert 2200—2125; Wirebars 2500—2425; Elektrolyt 2500 bis 2425.

Hamburger Altmetallmarkt. 3. Jan. Kupfer 55 bis 57,50, Rotgüß 44,50—46,25, Messing, leicht 33,75—35, Messingspäne 33,50—34,25, Messingguß 34,50—36, Blei 21,50—22,50, Zink 24—26,50.

Viehmarkt in Karlsruhe. Amtl. Bericht vom 2. Januar. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 52 500 bis 54 000 M., vollfleischige, ausgewästete, im Alter von 4—7 Jahren 50—52 500 M., junge, fleischige, nicht ausgewästete und ältere ausgewästete 47 500—50 000 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 44—47 500 M.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes 44 500—46 000 M., vollfleischige, jüngere 43—44 500 M., mäßige genährte junge und gut genährte ältere 40—43 000 M.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgewästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 52—54 000 M., wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 48—52 000 M., mäßig genährte Färsen 44—48 000 M., gering genährte Kühe 19 500—22 000 M.

Kälber, mittlere Mast- und beste Saugkälber 55—56 500 M., geringere Mast- und gute Saugkälber 53 500—55 000 M., geringere Saugkälber 53 000—53 500 M.

Schweine, vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 76—77 500 M., vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 75 500—76 000 M., vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 74—75 500 M., vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 72 500—74 000 M., Sauen 70—72 500 M.

Zufuhr: 203 Stück: Ochsen 20, Bullen 13, Kühe 21, Färsen 32, Kälber 33, Schweine 84 Stück. Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz: langsam. Der Markt wurde geräumt.

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

a) vorbörsl.		b) nachbörsl.	
Holland	2800	2920	3030
Schweiz	1345	1440	1430
Paris	525	560	542
Belgien	485	512	500
London	33000	35200	34500
Newyork	7100	7500	7400
Italien	370	396	385

Tendenz: ruhig u. fest

Markkurs in Zürich: 100 Mark 7 Cts.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Der Verband Deutscher Treuhänder und Revisionsgesellschaften

hält am 14. Januar in Hannover seine 5. Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe von Vordrängen über das Valutaproblem. Professor Dr. Gerloff-Frankfurt a. M. wird über die volkswirtschaftlichen Fragen des Valutaproblems sprechen. Der Steuerrechtler Rechtsanwalt Dr. Richard Kofendorff, Berlin, spricht über „Valutaproblem und Steuerrecht“, der bekannte Strafrechtler Rechtsanwalt Dr. Max Hübner, Berlin über „Valutaproblem, Preistreiberie und Strafrecht“. Bei der Bedeutung der Redner ist auf sehr interessante Ausführungen zu rechnen.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Verleihungen, Zuerkennungen usw. der preussischen Beamten.
Justizministerium.
Ernannt:
Fabrikdirektor Carl Vater und Kaufmann Josef Sauter in Kontanz zu Handelsrichterstellvertretern bei der Kammer für Handelssachen am Landgericht Kontanz; Kreisgerichtsrat Otto Beckmann beim Amtsgericht Aulendorf am Kreisgericht Aulendorf.

Verleih:
Die Justizobersekretäre Josef Grundel beim Notariat Bruchsal am Amtsgericht Bruchsal, Karl W. E. N. a. b. beim Amtsgericht Bruchsal zum Notariat Bruchsal, Emil K. a. b. beim Amtsgericht Bruchsal zum Notariat Bruchsal und Ferdinand Vogel beim Notariat Bruchsal zum Amtsgericht Bruchsal.

Ministerium des Innern.
Ernannt:
die Revisionsinspektoren: Johann Paul Friedl beim Bezirksamt Tauerbischofsheim, August Wild beim Bezirksamt Heidelberg, Julius Gluck beim Bezirksamt Sickingen, Friedrich Gildardon beim Bezirksamt Bretten, Gustav Koch beim Bezirksamt Wehrach, Gustav Adolf John beim Bezirksamt Kontanz; Heinrich Seebler beim Bezirksamt Ueberlingen, Karl Höfer beim Bezirksamt Neuland, Friedrich Steinmann beim Bezirksamt Forstheim zu Revisionsoberinspektoren; die Verwaltungsinspektoren: Ferdinand Seibert beim Bezirksamt Weinheim, Martin Frank beim Bezirksamt Tauerbischofsheim, August Weiss beim Bezirksamt Sickingen, Adolf Brannan beim Bezirksamt Heidelberg, Wilhelm Reimann beim Bezirksamt Baden und Karl Heitmann beim Bezirksamt Bretten zu Verwaltungsinspektoren.

Königs- und Unterrichtsministerium.
Ernannt:
die Verwaltungsauffassenden Franz Doh und Albert Ludwig am akademischen Krankenhaus in Heidelberg zu planmäßigen Verwaltungsauffassenden deselbst. **Essen. Kirchenrenten.**

Rechtsanwalt Friedrich Guttenberg in Durlach zum Hilfsarbeiter mit der Amtsbezeichnung Finanzrat. **Finanzministerium.**

Ernannt:
Oberkassendirektor Heinrich Dohs beim Finanzamt Essen zum Finanzassistenten bei der Landesbank für den Rhein- und Ruhrgebiet. **Justizministerium.**

Zurückberufen wegen vorgerückten Alters:
der Domänenrat Julius Herfert beim Domänenamt Freiburg.

Bom Wetter

Mittwoch, den 3. Januar 1923.
Das gestern wirksame Hochdruckgebiet ist ostwärts gewandert; die Auflockerung hat nur teilweise bis in die Nacht angehalten, wobei es stellenweise auch in der Rheinebene zu leichtem Frost gekommen ist. Die südlichen Ausläufer des nordwärts wandernden Sturmzentrums brachten in Süddeutschland schon am Morgen Trübung und trübende Regen. Das Quatier entfernt sich in unserem Gebiet gehalten aber die weit nach Süden reichenden Tiefdruckwellen noch weiteren Einfluß.

Wetterausblick für Donnerstag, den 4. Januar 1923: Meist bewölkt und ziemlich mild mit einzelnen Regenfällen, zeitweise auffrischende südwestliche Winde.

Rhein- und Moselländer morgen 6 Uhr:

3. Januar		2. Januar	
Schiffahrt	1.84 m		2.05 m
Wahl	3.27 m		3.44 m
Waxau	5.55 m		5.86 m
		mittags 12 Uhr	5.78 m
		abends 6 Uhr	5.71 m
Rheinheim	5.71 m		5.67 m

Frankfurter Kursnotierungen:

29.12.		3.1.		29.12.		3.1.	
4 1/2% Bayern	145	130	100	8500	8500	8500	8500
3 1/2% Bayern	133	139	100	17000	16950	16950	16950
4% Bad. Anleihe	310	300	100	58500	5200	5200	5200
4% Bad. Anleihe	—	—	—	4300	4250	4250	4250
Badenwerk	—	—	—	17000	2500	2500	2500
3 1/2% Baden aogest.	98	100	100	7500	7400	7400	7400
4% Pfalz. E.B. Prior.	150	175	100	5800	5210	5210	5210
3 1/2% „ „ Conv.	115	135	100	4000	4575	4575	4575
8% „ „	120	120	100	4765	4765	4765	4765
5% Silbermexikaner	5000	5000	100	10530	9700	9700	9700
5% Goldmexikaner	92000	93000	100	3475	3475	3475	3475
4 1/2% Irrigationanl.	56000	—	—	5425	5425	5425	5425
5% Mexikaner	31000	—	—	4975	4470	4470	4470
5% „ „	49000	52000	100	6200	6450	6450	6450
5% „ „	57000	56000	100	36000	4850	4850	4850
4 1/2% „ „	48000	—	—	12000	12100	12100	12100
4% Missouri Pacific	46000	4900	100	7000	6950	6950	6950
admet. bank	4900	4900	100	3200	4000	4000	4000
Darmstädter Bank	2600	3100	100	5020	5200	5200	5200
Deutsche Bank	8350	8175	100	—	—	—	—
Diskontokommandit	3600	3750	100	6050	5975	5975	5975
Preussener Bank	9975	300	100	580	6000	6000	6000
Mittelbank	16500	15500	100	7500	7900	7900	7900
Mitteld. Creditbank	14000	1560	100	—	—	—	—
Westf. Länderbank	3400	3400	100	2890	2890	2890	2890
Prälische Bank	—	1600	100	5500	5450	5450	5450
Rhein. Creditbank	7900	7900	100	8000	10000	10000	10000
Südd. Diskonto-Ges.	2000	2150	100	7000	5950	5950	5950
Wiener Bankverein	1180	1340	100	15000	15000	15000	15000
Wärtig. Notenbank	4400	3000	100	6200	6450	6450	6450
Bochumer Gußstahl	2400	3750	100	4200	4200	4200	4200
Gelsenkirchen	24800	24800	100	5000	4500	4500	4500
Harpener	60000	32000	100	8700	—	—	—
Tellus Bergbau	5000	5000	100	3300	3300	3300	3300
Laurahütte	13050	15000	100	10975	10975	10975	10975
Tallus Sichel, Mainz	4775	4740	100	7700	7300	7300	7300
Aschaff. Zellstoff	10200	10800	100	7990	7990	7990	7990
Grün & Büfing	12000	10200	100	7250	7000	7000	7000
Baug. Ph. Holzmann	4810	4915	100	8200	8200	8200	8200
Wagf. & Freytag	8400	8000	100	7500	7500	7500	7500
Bad. Anilin	8950	10000	100	4600	4600	4600	4600
Chem. G. & S. Ersch.	15050	14980	100	8800	8500	8500	8500
Griesheim	7900	7900	100	7200	7200	7200	7200
Hochst	7450	7400	100	5500	5500	5500	5500
Wetterter Mer	8000	8400	100	5500	5500	5500	5500
Holzverleihung	8500	8500	100	6490	6490	6490	6490

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 3. Januar.

2. Jan.		3. Jan.	
Brüssel	Gold	497.75	498.75
Holland	Brief	292.80	292.80